

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Hans Mommsen  
Nationalismus und transnationale  
Integrationsprozesse in der Gegenwart

Claus Schöndube  
Das Europäische Parlament  
ein halbes Jahr nach seiner Wahl

Udo Kempf  
Neuere Entwicklungstendenzen  
im französischen Parteiensystem

ISSN 0479-611 X

B 9/80  
1. März 1980

Hans Mommsen, Prof., Dr. phil., geb. 1930; Studium der Geschichte, Germanistik und Politischen Wissenschaft an den Universitäten Marburg und Tübingen; Ordentl. Professor für Neuere Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum seit 1968; 1972/73 Visiting member of the Institute of Advanced Study in Princeton, USA; 1974 Gastprofessor an der Harvard University, Cambridge/Mass.; 1978 Gastprofessor an der University of California, Berkeley, USA.

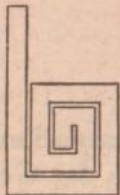
Veröffentlichungen u. a.: Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im Habsburgischen Vielvölkerstaat, Wien 1963; Beamtentum im Dritten Reich, Stuttgart 1966; Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974 (Mitherausgeber); Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegungen und Volkspartei, Frankfurt 1974 (Herausgeber); Nationale Frage und Arbeiterbewegung, Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1979.

Claus Schöndube, geb. 1927, Studium der Naturwissenschaften und der politischen Wissenschaft; seit 1954 freier Journalist und Schriftsteller; Mitglied der Redaktionsgemeinschaft der Europäischen Zeitung, Korrespondent der Wochenzeitung Das Parlament für die europäischen Versammlungen, freier Mitarbeiter verschiedener Rundfunkanstalten, Mitglied des Präsidiums der Europa-Union.

Veröffentlichungen u. a.: Eine Idee setzt sich durch, Hangelar bei Bonn 1964 (gemeinsam mit Christel Ruppert); Grundsatzfragen der europäischen Integration, Hangelar bei Bonn 1967; Die europäische Integration. Lehr- und Informationsmappe für politische Bildung, Köln 1968; Das neue Europa-Handbuch, Köln 1969; Europa-Taschenbuch, Bonn 1970 (7. Auflage 1980); Europa — Verträge und Gesetze (Hrsg.), Bonn 1972 (4. Auflage 1978).

Udo Kempf, Dr. phil., geb. 1943 in Remscheid; Professor für Politikwissenschaft an der Pädagogischen Hochschule Freiburg i. Br. und Lehrbeauftragter an der Universität Freiburg.

Veröffentlichungen u. a.: Das politische System Frankreichs. Eine Einführung, Opladen 1980<sup>2</sup>; Bürgerinitiativen und repräsentatives System (zus. m. B. Guggenberger [Hrsg.]), Opladen 1978; Die Parteien der „Majorité“ in Frankreich, St. Augustin bei Bonn 1980 (i. E.); Stichwort „Frankreich“ und „Monaco“ in: Politisches Lexikon Europa, hrsg. v. Robert K. Furtak, München 1980 (i. E.).



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/461 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.



## Nationalismus und transnationale Integrationsprozesse in der Gegenwart

Seit einer Reihe von Jahren zeichnet sich in der Bundesrepublik eine Tendenz ab, die „deutsche Frage“ wieder in den Mittelpunkt der historisch-politischen Diskussion zu rücken, nachdem sie trotz der an den Grundlagenvertrag anknüpfenden innenpolitischen Auseinandersetzungen an öffentlichem Interesse verloren hatte. Eines der jüngsten „Aschaffener Gespräche“ stellte sich zur Aufgabe, die Frage zu beantworten, wie es erreichbar sei, das Bewußtsein nationaler Identität der Deutschen beiderseits des Eisernen Vorhangs zu bewahren und der jüngeren Generation zu vermitteln <sup>1)</sup>.

Daß von seiten der „Deutschen National-Zeitung“ der sozial-liberalen Koalition kontinuierlich zum Vorwurf gemacht wird, im Zuge der Entspannungspolitik den Wiedervereinigungsanspruch preisgegeben zu haben, wird niemanden verwundern. Neuerdings hat der Erlanger Historiker Hellmut Diwald mit seiner umstrittenen „Geschichte der Deutschen“ in ähnlicher Form argumentiert. Den Deutschen sei im Zuge der reeducation und reorientation ihre Geschichte „in bewußter Gründlichkeit“ weggenommen worden <sup>2)</sup>. Er knüpft damit an rechtsradikale Publikationen wie das Buch von Schrenck-Notzing „Charakterwäsche“ <sup>3)</sup> an und charakterisiert die dreißig Jahre seit dem deutschen Zusammenbruch von 1945 als eine Phase der ideologischen Überfremdung durch die westliche politische Theorie und als eine Periode deutscher Selbstpreisgabe. Dies erinnert fatal an die Einschätzung der Geschichte der Weimarer Republik durch die nationalistische Rechte — den Tatkreis, den Juni-Club, die „Deutsche Rundschau“ und die Hugenbergpresse. Die nationalistische Propaganda vermochte sich die systematische Herabsetzung der Republik als „undeutsche Staatsform“ und als Träger des Ausverkaufs deutscher Interessen erfolgreich zunutze zu machen.

Würden Vorstellungen dieser Art nur von der äußersten Rechten in der Bundesrepublik artikuliert, könnte man darüber guten Gewissens zur Tagesordnung übergehen. Indessen zeigt sich auch auf dem rechten Flügel des demokratischen Parteiensystems der Bundesrepublik eine unübersehbare Tendenz, an nationale Stimmungen zu appellieren und die Rückkehr zu einem „gesunden“ deutschen Nationalbewußtsein zu fordern. Ein Beispiel dafür ist der Antrag der CDU-Fraktion des Landtags von Nordrhein-Westfalen vom Mai 1978 zur Verbesserung des Geschichtsunterrichts. In der Landtagsdebatte äußerte der Abgeordnete Petermann, es gelte, die tausend Jahre heiler deutscher Geschichte jenseits des Nationalsozialismus erneut ins Bewußtsein zu heben. Dem Geschichtsunterricht wurde ausdrücklich die Aufgabe gestellt, den jungen Menschen zur Identifikation mit der eigenen Nation zu erziehen <sup>4)</sup>.

Diese und andere Initiativen, eine Neubelebung eines demokratischen Nationalbewußtseins zu erreichen, treffen sich mit den seit längerem von dem Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen und dem Institut für gesamtdeutsche Fragen unternommenen Initiativen, eine Klärung der „nationalen Frage“ in einem gemäßigten, die Entspannungsbestrebungen der Bundesregierung flankierenden Sinne herbeizuführen. Allerdings haben die wiederholten Expertengespräche keinen einheitlichen Standpunkt erkennen lassen. Neben voluntaristischen Stellungnahmen, wonach alles getan werden müsse, um ein gesamtdeutsches Bewußtsein gerade bei der jün-

<sup>1)</sup> Aschaffener Gespräch 1979, Die Deutsche Einheit — Hoffnung, Alptraum, Illusion?, hrsg. v. G. Knopp, o. O. 1979.

<sup>2)</sup> Hellmut Diwald, Geschichte der Deutschen, Frankfurt 1978; ders., Geschichtsbild und Geschichtsbewußtsein im gegenwärtigen Deutschland, in: Saekulum 28, 1977.

<sup>3)</sup> C. von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche, Stuttgart 1965; vgl. die Charakterisierung bei Lutz Niethammer, Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung, Frankfurt 1972, S. 18 und 48.

<sup>4)</sup> Vgl. Hans Mommsen, Geschichtsunterricht und Identitätsfindung in der Bundesrepublik, in: Geschichtsdidaktik 3, 1978, H. 4, S. 291 ff.



geren Generation zu bewahren, und daß es dazu eines „nationalen Durchhaltewillens“ (Erich Kosthorst) bedürfe<sup>5)</sup>, stehen Äußerungen von Experten wie Rainer Lepsius, die auf die politische Ziellosigkeit der Bestrebungen hinweisen, ein die Grenzen der Bundesrepublik übergreifendes Nationalgefühl auf dem Wege politischer Doktrination erreichen zu wollen, ohne damit in die Hände rechtsradikaler Bestrebungen zu spielen oder den hergebrachten deutschen Machtstaatsgedanken indirekt zu beleben<sup>6)</sup>.

Der innenpolitische Kompromiß, der mit dem Brief von Bundeskanzler Willy Brandt zur deutschen Einheit zustande kam, ist durch die Einschaltung des Bundesverfassungsgerichts in problematischer Weise verfestigt worden. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag stellte auf die Verpflichtung „aller Verfassungsorgane“ ab, „auf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit als politisches Ziel hinzuwirken“. Wenngleich unter Verfassungsorganen zunächst nur die Regierungen, Parlamente und die Institutionen der Rechtssprechung zu verstehen sind, liegt es doch nahe, diese Verpflichtung auch auf die Gesamtheit der öffentlichen Bildungseinrichtungen zu übertragen, und hier in erster Linie auf den schulischen Unterricht<sup>7)</sup>.

Unter dem Druck von Teilen der öffentlichen Meinung hat die Ständige Konferenz der Kultusminister am 23. November 1978 Rahmenempfehlungen zur Behandlung der „deutschen Frage im Unterricht“ erlassen, die unter anderem direkt auf die Bundesverfassungsgerichtsentscheidungen zum Grundlagenvertrag bezogen sind und damit implizit den Lehrer vor allem des historisch-sozialwissenschaftlichen Bereichs darauf festlegen, den Unterricht im Sinne der Bewahrung und Festigung eines gesamtdeutschen Nationalbewußtseins zu gestalten. Die in manchen Punkten außerordent-

lich detailliert gehaltenen Richtlinien, deren historische Engbrüstigkeit Karl-Heinz Janßen in „Die Zeit“ mit guten Gründen herausgehoben hat, lassen Zweifel daran aufkommen, ob eine derartig weitgehende Festlegung noch mit dem verfassungsmäßig verbrieften Recht der Lehrfreiheit vereinbar ist<sup>8)</sup>.

Das entscheidende politische Dilemma derartiger Versuche, den Gedanken der Wiedervereinigung „wach“ zu halten, liegt, abgesehen von der Unmöglichkeit, eine richtungspolitische Divergenzen übergreifende, geschlossene Sicht der „deutschen Frage“ und ihrer Genesis zu verordnen, in dem grundsätzlichen Problem, wo die Grenzl意思en zum traditionellen deutschen Nationalismus zu ziehen sind. Das ist kaum allein eine Frage der verwandten Begriffe und theoretischen Grundannahmen, so wichtig diese sind. Die stetig wiederkehrende Beschwörung des „demokratischen Selbstbestimmungsrechts“ vermag die historische Erfahrung nicht beiseite zu schieben, daß ein kräftiger Nationalismus, wenn er einmal politisch virulent ist, derlei selbst gesetzte Beschränkungen von sich abzustreifen pflegt und allzu rasch in nationales Ausschließlichkeitsdenken umzuschlagen geneigt ist.

Daß auf seiten der Bildungspolitiker und politischen Pädagogen, die sich in der Bundesrepublik um eine verfassungskonforme Bewältigung der „nationalen Frage“ bemühen, eine Verwechslungsgefahr mit rechtsradikalen Bestrebungen nicht besteht, kann man unterstellen, auch wenn sich in der Debatte mitunter terminologische Mißgriffe und Wiederanknüpfungen an die politische Sprache der nationalen Rechten der späten Weimarer Republik finden. Bedeutsamer scheint, ob das ihren Bemühungen vielfach zugrunde liegende Motiv, die Vertretung nationaler Interessen nicht an die NPD und verwandte Gruppierungen anzutreten, politisch tragfähig ist. Nach den Erfahrungen der Weimarer Republik ist vor einer solchen Politik schleichender nationaler Konzessionen entschieden zu warnen, die gerade die DDP auf die schiefe Linie einer hoffnungslos werdenden Konkurrenz mit der nationalistischen Rechten drängte, an deren Ende die Verschmelzung mit dem Jungdeutschen Orden zur Deutschen Staatspartei stand, deren Position sich von derjenigen der Deutschen Nationalen in der Reparationsfrage, der Anschlußfrage und der Revision der deutschen Ostgrenze nicht wirklich unterschied. Der de-

<sup>5)</sup> Die deutsche Frage in der Politischen Bildung. Öffentliche Anhörung des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen 1978, in: Zur Sache 2, 1978, S. 72; vgl. Erich Kosthorst, Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 2/1977.

<sup>6)</sup> Deutschlandpolitik. Öffentliche Anhörungen des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen 1977, in: Zur Sache 4/1977, S. 236.

<sup>7)</sup> Vgl. Die deutsche Frage im Unterricht. Beschlüsse der Kultusministerkonferenz, Neuwied 1979, S. 9f.: die Aufgabe, das „Bewußtsein von der Einheit der deutschen Nation und ihren Anspruch auf Selbstbestimmung in Frieden und Freiheit“ wachzuhalten, sei eine „Aufgabe der Schule“ von „verfassungsrechtlichem Rang“.

<sup>8)</sup> Ebd.; vgl. Karl-Heinz Janßen, Chauvinismus in der Schule. Die deutsche Frage im Unterricht, in: Die Zeit, Nr. 50 vom 8. Dezember 1978.



mokratische Reichsminister des Äußeren, Graf Brockdorff-Rantzau, gab schon vor dem Abschluß des Friedensvertrages von Versailles den Anstoß zum Aufbau einer breiten publizistischen Organisation, die zunächst den Anspruch auf das oberschlesische Industrieviertel zementieren sollte, um dann in den Dienst des Kampfes gegen den Kriegsschuldartikel 231 gestellt zu werden. Die ursprünglich zur Stärkung des Durchhaltewillens im Ersten Weltkrieg begründete Reichszentrale für Heimatdienst und die im Auswärtigen Amt und in der Reichskanzlei geschaffenen Reptilienfonds zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung gerieten nach und nach in das Fahrwasser der äußersten Rechten. Die von Rudolf Pechel gegründete Vereinigung national eingestellter Verleger und Publizisten, die insbesondere die Beziehungen zum Deutschtum im Ausland wachhalten sollte, wie der „Arbeitsausschuß deutscher Verbände“, an der Persönlichkeiten der DDP ebenso mitwirkten wie die Repräsentanten der „konservativen Revolution“, sind in weitem Umfang aus öffentlichen Mitteln finanziert worden, und dasselbe gilt für die Zeitschrift „Kriegsschuldfrage“<sup>9)</sup>.

All diese Erscheinungen, die in der hochgespannten innenpolitischen Atmosphäre der Weimarer Republik einen anderen Stellenwert haben mußten als im weitgehend saturierten politischen Klima der Bundesrepublik, lassen es angeraten sein, jede Form eines „Auf zwei Schultern-Tragens“ in nationaler Beziehung zu vermeiden. Eine allgemeine Beschwörung des „demokratischen Selbstbestimmungsrechts“ und der Überlegenheit der freiheitlich-demokratisch verfaßten Bundesrepublik gegenüber der DDR ist nicht geeignet, die politische Ambivalenz der Forderung, den Wiedervereinigungsgedanken wach zu halten, aufzulösen. Das reale Interesse an einer Ausgestaltung und Fortentwicklung der „deutschedeutschen“ Beziehungen kann sich nicht auf eine „nationale Sorgspflicht“ für die Deutschen jenseits der Mauer berufen, wie dies die Kultusministerkonferenz höchst unglücklich formuliert hat.

<sup>9)</sup> Dazu demnächst die Untersuchung von Ulrich Heinemann, Die Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik. Studien zur publizistischen, parlamentarischen und politischen Behandlung der Schuldfrageproblematik, Phil.Diss. Bochum; vgl. Gotthard Jasper, Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922—1930, Tübingen 1963, S. 249; Dieter Fricke, Handbuch der bürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland I, Berlin (Ost) 1963, S. 48.

Die Anerkennung der Existenz von zwei deutschen Staaten darf auch nicht dadurch unterlaufen werden, daß der DDR staatliche Legitimität a limine abgesprochen wird. Denn eine Annäherung von Bundesrepublik und DDR kann auch unter den denkbar günstigsten politischen Bedingungen, schon auf Grund der Respektierung der parlamentarischen Verfassung Westdeutschlands, nur die Form der Intensivierung besonderer Staatenbeziehungen haben. Jede Spekulation auf einen gleichsam plebiszitären „Anschluß“ der DDR an die Bundesrepublik — und der Appell an ein „gesamtdeutsches“ Bewußtsein liegt auf dieser Linie — stellt die Grundprinzipien repräsentativer Verfassung in Frage und läuft auf eine Aberkennung des Selbstbestimmungsprinzips für das Staatsvolk der DDR hinaus.

Es ist bemerkenswert, daß die wiederholten Beschwörungen der „deutschen Einheit“ ausschließlich auf die Frage des Bewußtseins der Bevölkerung abstellen, hingegen jede Erwägung vermissen lassen, welche politischen Verfahren eingeschlagen werden müßten, um jenem Ziel näherzukommen. Dies ist gewiß nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß ein allgemeiner Konsensus darüber besteht, daß eine Verwirklichung der Wiedervereinigung angesichts der gegenwärtigen politischen Konstellation auf absehbare Zeit ausgeschlossen ist und das Ziel der Erlangung nationaler Einheit gleichsam als „Rückstellung“ erscheint, deren Aktivierung zukünftigen Generationen überlassen bleibt.

Nun ist eine glaubwürdige Außen- und Innenpolitik mit einer derartigen Mentalreservation nicht nur in den Augen der west- und osteuropäischen Partner, sondern auch innenpolitisch in Frage gestellt, weil sie zu doppelzüngigen Versicherungen Anlaß gibt, die eine klare Abgrenzung gegenüber rechtsradikalen Positionen immer wieder flüssig machen können. Das zeigt sich auch in der charakteristischen Tatsache, daß bestimmte Aspekte der Wiedervereinigungsfrage einem inoffiziellen Tabu unterworfen werden. Zwar ist der Bundesbürger — der Präambel des Grundgesetzes zufolge — gehalten, den Gedanken der „deutschen Einheit“ nicht preiszugeben. Eine Diskussion jedoch, die die möglichen Alternativen einer Änderung der deutschen Teilung im Sinne des verfassungspolitischen procedere zum Gegenstand hätte, sucht man vergebens. Denn jede Erwägung, zunächst einen gemeinsamen Ministerrat oder gemeinsame Regierungskommissionen zu schaffen, die Formen eines eventuellen zwischenstaatlichen Ver-



trages zu skizzieren, die Folgen für die Verfassung der Bundesrepublik, darunter die Eliminierung des Föderalismus, aufzuzeigen, die möglichen politischen Widerstände der dadurch tangierten Interessengruppen zu erörtern, die Auswirkungen auf die parteipolitischen Mehrheitsverhältnisse in einem endlich staatlich vereinigten Gesamtdeutschland darzutun, würde nicht nur erwartete Proteststürme auf seiten der Ostblockstaaten auslösen, sondern zugleich vieles vom „gesamtdeutschen“ politischen Wunschenken auf die Ebene nüchterner politischer Analysen herabziehen und damit problematisieren. Eine ernstliche politische Erörterung dessen, was Konrad Adenauer die „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit“ genannt hat, würde den angeblich in dieser Frage bestehenden Konsensus als Mythos und die innere Problematik der juristischen Festlegung im Grundlagenvtragsurteil aufdecken.

Man wird vielmehr umgekehrt fragen, welche Interessen dafür maßgebend sind, daß das Wiedervereinigungsproblem zu erneuter, allerdings nicht eben breit gestreuter Erörterung gelangt. Im Gegensatz zu dem politischen Bewußtsein der 50er Jahre, in dem ein freilich nicht sehr ausgeprägter Wille zur Erhaltung der „deutschen Einheit“ (trotz der Politik Kurt Schumachers) vorhanden war, ist der Gedanke daran in den 60er und 70er Jahren für die richtungspolitische Differenzierung in der Bundesrepublik von allenfalls marginaler Bedeutung. Die begrenzten Erfolge der Entspannungspolitik und die sichtliche Verbesserung der gleichwohl nach wie vor gespannten deutsch-deutschen Beziehungen werden bezeichnenderweise gerade von den Kreisen angegriffen, die sich mit dem Anspruch zieren, Hüter des deutschen Nationalbewußtseins zu sein. Dies reicht bis zu dem Paradox, daß von dieser Seite finanzpolitische Konzessionen an die DDR zur Verbesserung der Handelsbeziehungen und der Kontakte zwischen der Bevölkerung als gefährliche Stärkung des kommunistischen Regimes und als a-nationale Politik abgelehnt werden zugunsten größerer Festigkeit und einer Strategie von Druck und Gegendruck, von der mit Sicherheit gesagt werden kann, daß sie das Auseinanderleben beider Teile Deutschlands nachhaltig beschleunigen würde.

Daher liegt die Vermutung nahe, daß die Beschwörung der „deutschen Einheit“ unter Absehung tatsächlicher Fortschritte in den deutsch-deutschen Beziehungen vorwiegend aus innenpolitischen Gründen erfolgt, und

zwar in der Absicht, die angestrebte Wiederbelebung eines „gesunden“ nationalen Bewußtseins auf den angeblichen und rechtlich fixierten Konsens in der Wiedervereinigungsfrage abzustützen. Die demokratische Absicherung der Bekundungen des deutschen Einheitswillens offenbart hier eine eigentümliche Ambivalenz. Auch in dem zitierten Beschluß der Ständigen Konferenz der Kultusminister ist die Tendenz zu erkennen, den dort nachdrücklich konstatierten Gegensatz der Gesellschaftssysteme gleichsam indirekt für die Konstituierung eines neuen deutschen Nationalbewußtseins fruchtbar zu machen<sup>10)</sup>.

Diese Tendenz, ein deutsches Nationalbewußtsein einerseits in Anknüpfung an die nationalkulturelle Tradition als gesamtdeutsche Klammer zu postulieren, andererseits auf den politischen Gegensatz zum kommunistischen System der DDR zu gründen, leitet sich aus dem eigentümlichen Legitimitätsproblem her, mit dem jede national prononcierte politische Position angesichts der national unterschiedenen Haltung beträchtlicher Teile der westdeutschen Bevölkerung, insbesondere bei der jüngsten Generation, konfrontiert ist. Tatsächlich zeigen Felduntersuchungen, daß die Bindungen von vielen Angehörigen der zweiten Nachkriegsgeneration an herkömmliche nationale Einstellungen äußerst gering sind und daß die Tendenz, sich im transnationalen Rahmen zu begreifen, durch die Öffnung der westeuropäischen Grenzen und die vielfältigen zwischennationalen Kontakte erhebliches Gewicht besitzt<sup>11)</sup>.

Es stellt sich in zunehmendem Maße heraus, daß die scharf antikommunistische Indoktrination der 50er und frühen 60er Jahre, die zur Gleichsetzung des politischen Systems der DDR mit ökonomischem Niedergang und politischer Sterilität tendierte, bei der nachwachsenden Generation ein weitgehendes Desinteresse an dem „anderen Teil“ Deutschlands begründet haben, während mit westlichen, andersnationalen Ländern, nicht zuletzt mit Frankreich, ein enger Austausch zustande

<sup>10)</sup> Vgl. Die deutsche Frage im Unterricht, a. a. O. S. 13: „Mit den Menschen im anderen Teil Deutschlands solidarisch zu sein, gebietet uns unsere nationale Sorgfaltspflicht.“

<sup>11)</sup> Vgl. Erich Kitzmüller/Heinz Kuby/Lutz Niehammer, Der Wandel der nationalen Frage in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 33—34/1973, S. 5ff., 11ff.; vgl. ferner die freilich kaum als zuverlässiges Sample zu bezeichnende Felduntersuchung von Dieter Böhm, Schüler über die Einheit der Nation. Ergebnisse einer Umfrage, Frankfurt 1978.



kam, der vielfach auch in solidarischen Einstellungen einen Niederschlag fand. Die Bemühungen der Kultusministerkonferenz wie der Geschichtslehrerverbände, einer entsprechenden Verengung des deutschen Geschichtsbewußtseins durch eine intensivere Behandlung von Themen entgegenzuwirken, die mittel- und ostdeutsche Landschaften und kulturelle Erbschaften zum Gegenstand haben, sind eine freilich recht künstliche Antwort auf diese Verlagerung des historischen Selbstbewußtseins der jüngeren Generation<sup>12)</sup>.

In der vielbeklagten Ausklammerung „gesamtdeutscher“ Sachverhalte aus dem deutschen „Geschichtsbild“ findet die problematische Einschränkung historischer Interessen auf im engeren Sinne legitimatorische Funktionen im Rahmen der eigenen Nationalgeschichte einen gleichsam gegenläufigen Ausdruck. Die stillschweigend vollzogene Identifikation der Bundesrepublik als allein ernsthaftem Repräsentanten der nationalen politischen Überlieferung schlägt sich in dieser Verengung des Geschichtsbewußtseins nicht ohne innere Folgerichtigkeit nieder. Es ist indessen ein Kurieren an Symptomen, wenn im Bildungsbereich versucht wird, durch die Einbeziehung der Geschichte der mittel- und ostdeutschen Landschaften in früheren Jahrhunderten eine sekundäre Ausweitung des geschichtlichen Interesses erreichen zu wollen<sup>13)</sup>. Denn dies geschieht in der Regel in der Weise, daß die autonome Entwicklung der DDR ausgeblendet wird.

Die Geschichte der DDR erscheint in Schulbüchern und allgemeinen Darstellungen überwiegend als negative Folie, auf der die Durchsetzung und Behauptung des parlamentarisch-demokratischen Systems der Bundesrepublik geschildert wird. Daraus entspringt schwerlich ein positives Interesse an der Geschichte des in das System der Ostblockstaaten eingebundenen Teils von Deutschland. Ebensonig kann die Geschichte der ehemals deutschen Landschaften jenseits von Oder und Neiße — gleichsam durch Rekurs auf Opitz, Kant und Kepler — unter Ausblendung der jüngsten Geschichte bei der jüngeren Generation besonderes Interesse erwecken, wenn sie im Bezugsrahmen der für sie nicht mehr unmittelbar verbindlichen Nationalstaatsidee des 19. Jahrhunderts bleibt.

<sup>12)</sup> Auf dieser Linie liegt die „Umfrage zur Bedeutung des Themas ‚Deutsche Einheit‘ des Landesverbandes nordrhein-westfälischer Geschichtslehrer vom Januar 1979.

<sup>13)</sup> Die deutsche Frage im Unterricht, a. a. O., S. 23.

Nur indem die Geschichte Deutschlands in dem Zusammenhang mit derjenigen der ostmittel- und osteuropäischen Länder dargestellt wird, läßt sich der Schwund an historischer Perspektive aufhalten, der sich aus der für Deutschland charakteristischen nationalstaatlichen, sich zunehmend auf die Bundesrepublik einschränkenden Sehweise ergibt. Gerade die Geschichte Polens weist eine Vielzahl von strukturellen Problemlagen auf, die mit denen des deutschen Nationalstaats vergleichbar sind, so daß sich aus ihrer Behandlung ein tieferes und nicht nur nach innen gerichtetes Verständnis der „deutschen Frage“ herausbilden ließe. Was die DDR angeht, ist zu konstatieren, daß deren literarische Entwicklung, und zwar keineswegs allein wegen der Dissidentenfrage, steigendes Interesse in der Bundesrepublik findet, während für die wissenschaftliche Behandlung der Geschichte der DDR kaum ausreichende institutionelle Grundlagen in der Bundesrepublik vorhanden sind.

Aus diesem relativen Desinteresse für die tatsächliche Situation in der DDR wird man ebenfalls folgern können, daß das Interesse an der „deutschen Einheit“ nicht einer primären nationalen Solidarität mit den Bürgern der DDR entspricht. Die „deutsche Frage“ erscheint in mancher Hinsicht nur als Vehikel, um den vielerseits geäußerten Wunsch nach einer Wiedergewinnung nationaler Identität zu legitimieren, ohne die ältere Nationalstaatstradition Bismarckscher Prägung grundsätzlich in Frage zu stellen. In dem häufig erklingenden Ruf nach einem Mehr an Geschichte — und das bedeutet in der Regel ausschließlich „nationale“ Geschichte wie eine überwiegend national rezipierte Geschichte älterer Perioden wie der des klassischen Altertums — verbirgt sich die Erwartung, durch die Schaffung eines verbindlichen „Geschichtsbilds“ die innenpolitische Konsensbildung zu erleichtern und politische Polarisierungen nach links hin abzubauen. Wenn Erich Kosthorst, der sich sehr nachdrücklich für die Pflege des gesamtdeutschen Nationalgedankens einsetzt, dies auch damit begründet, daß „Individuen und Kollektive ohne klares Identitätsbewußtsein auf die Dauer pathologisch gefährdet und für kompensatorische Abstützungsmechanismen (z. B. Integrationsideologien, manipulatorische Dynamisierungsmythen) anfällig“ würden, so zielt diese Motivation auf das innenpolitische Bedürfnis, die im Zuge der Studentenbewegung und des Auftretens der Kritischen Linken eingetretene Aus-



weitung des politischen Meinungsspektrums nach der Mitte hin zu begrenzen. Die implizierte Annahme, daß Nationalismus, der in der Tat Identifikationsprozesse begründet, gleichsam organisch und „gesund“, konkurrierende Ideologeme hingegen „pathologisch“ seien, ist schwerlich zu halten<sup>14)</sup>.

Aufgrund umfassender Befragungen haben Lutz Niethammer und andere Autoren festgestellt, daß DDR und Bundesrepublik sich auf dem Wege zur Binationalisierung befinden und daß das tradierte gesamtdeutsche Auto-stereotyp im Begriff sei, in zwei Rumpfstereotype zu verfallen<sup>15)</sup>. Im Gegensatz zu der bei Angehörigen der älteren Generation häufig auftauchenden Klage, daß die Bundesrepublik noch nicht zu ihrer Identität gefunden habe — so spricht Kosthorst von einer „essentiellen Störung des Teilstaatsbewußtseins“ —, zeichnet sich die Haltung von großen Teilen der bundesrepublikanischen Bevölkerung durch ein hohes Maß an staatlichem Selbstbewußtsein aus, das nun freilich bislang noch keine nationalistische Ausformung gewonnen hat. Es erscheint obsolet, mit Kosthorst von einem „nachhaltig gestörten Verhältnis unserer Gesellschaft zu Staat und Nation“ zu sprechen<sup>16)</sup>, und man sollte sich hüten, bestimmte problematische Elemente jugendlicher Subkulturen, die sich auch in Ländern mit bislang ausgeglichenerem Nationalbewußtsein wie den Vereinigten Staaten finden, auf ein unausgeglichenes nationales Selbstverständnis zurückzuführen.

Unbestreitbar ist jedoch, daß national indifferente Haltungen in der Bundesrepublik ungewöhnlich stark verbreitet sind und damit auch die Neigung, sich auf transnationale Kommunikations- und Austauschprozesse einzustellen. Ideologiegeschichtlich ist dies wenig erstaunlich, weil gerade der jüngeren Generation der Eindruck eines geschichtlichen Kontinuitätsbruches dadurch nahegelegt wurde, daß trotz der Aufklärungsbestrebungen der Medien die Geschichte des Dritten Reiches nicht hinreichend tradiert wurde. Die Ausein-

andersetzung mit dem „Holocaust“-Film hat jene Vermittlung zwischen älterer und jüngerer Generation gleichsam von rückwärts her wieder in Gang gebracht.

Wenn von einem gebrochenen Verhältnis der westdeutschen Gesellschaft zur „Nation“ gesprochen werden kann, bezieht sich dies hauptsächlich auf die starken intergenerativen Spannungen in der Apperzeption nationaler Werte. Zwischen der Kriegsgeneration und den mehr als zwei Dritteln der westdeutschen Bevölkerung, die Kriegs- und Nachkriegszeit nicht mehr bewußt erlebt haben, liegt notwendigerweise eine grundlegend verschiedene Auffassung der für das nationale Selbstverständnis konstitutiven Elemente. Dasselbe gilt von denjenigen, die in und nach dem Zweiten Weltkrieg die angestammte Heimat verlassen mußten, und den Nachgeborenen, die mit wenigen Ausnahmen keine innere Beziehung zu ihrer landschaftlichen Herkunft haben.

Vor allem aber sehen sich die Jüngeren, die heute zunehmend gesellschaftliche und politische Führungspositionen in der Bundesrepublik einnehmen, nicht mehr mit dem Zwiespalt zwischen der Verstrickung in die nationalsozialistische Gewaltpolitik und dem Festhalten an der nationalen Loyalität, die allein als innere Rechtfertigung für ihre Haltung im Dritten Reich dienen kann, belastet. In seiner Rede zum Volkstrauertag hat Carlo Schmid eindrücklich vor der Vorstellung gewarnt, als könnten sich die Jüngeren „aus der Haftung für die Folgen der Schuld, die eure Väter auf sich luden, durch die Einrede befreien“, an den damaligen Vorgängen unbeteiligt gewesen zu sein. „Wer sich zu seiner Nation bekennt“, fügte er hinzu, „kann sich nicht darauf beschränken, nur die Aktivposten in der Bilanz des nationalen Erbes für sich einzuheimsen; er hat auch — so schwer dies sein mag — für die Passivposten dieser Bilanz geradezustehen“.

Bemerkenswerterweise ist es gerade die vielfältige Erfahrung der nachfolgenden Generationen, mit den Konsequenzen der nationalsozialistischen Politik allenthalben konfrontiert zu sein, die sie an den gesamtnationalen Zusammenhang erinnert, in dem sie stehen; daraus fließt mehr Realisierung nationaler Zugehörigkeit als aus den schwächlichen Bestrebungen, für ein Vergessen dieser Vorgänge zu plädieren und gegenseitige Schuldkonten zu errichten. Es ist auch diese gemeinsame und geschichtlich keineswegs überwundene Erfahrung, die die Bürger der Bundesrepublik und der DDR zusammenbindet, trotz aller Bemühungen der DDR-Führung, allein die Bun-

<sup>14)</sup> Vgl. Die deutsche Frage in der politischen Bildung, a. a. O., S. 34 ff.; s. auch Erich Kosthorst, Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 2/1977, S. 37.

<sup>15)</sup> Kitzmüller/Kuby/Niethammer, a. a. O., S. 11, vgl. G. Schweigler, Nationalbewußtsein in der BRD und der DDR, Düsseldorf 1973.

<sup>16)</sup> Die deutsche Frage in der Politischen Bildung, a. a. O., S. 29 f., S. 35; Erich Kosthorst, Zeitgeschichte und Zeitperspektive. Versuch einer didaktischen Ortsbestimmung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 22/1975, S. 5 ff. und 9.



desrepublik mit dem nationalsozialistischen Erbe zu belasten.

In diesem Zusammenhang sind die unterschiedlich akzentuierten Bestrebungen der DDR zu erwähnen, an bestimmte national-kulturelle Traditionen anzuknüpfen und diese nicht ohne gewisse innere Widersprüche mit der Zielsetzung des sozialistischen Patriotismus zu verbinden<sup>17)</sup>. Dies geschieht gutenteils aus einer Position der Schwäche heraus. Denn es ist evident, daß die DDR noch weniger als die Bundesrepublik die Nachfolge einer ungeteilten national-kulturellen Tradition antreten kann. Indessen gibt es Anzeichen dafür, daß gesamtstaatliche Einstellungen in der DDR gegenüber dem sich herausbildenden nationalen Teilstaatsbewußtsein wesentlich stärker sind als in der Bundesrepublik. Man wird die damit zusammenhängende stillschweigende Legitimitätskrise nicht überbewerten, da das Festhalten an der gesamtnationalen Tradition begrifflicherweise bei gesellschaftlich residuellen Gruppen der Bevölkerung überwiegt. Der bloße Appell an „gesamtdeutsche“ Einstellungen dürfte daher die Bestrebungen zur ideologischen Abgrenzung nur verschärfen.

Betrachtet man unter diesen Gesichtspunkten den gegenwärtigen Entwicklungsstand der „deutschen Frage“, dann ist diese durch eine Reihe von einander teils überlagernden, teils gegenläufigen Tendenzen bestimmt. Das Bewußtsein der nationalen Zusammengehörigkeit der Deutschen in Ost und West ist lebendig geblieben, löst sich jedoch bei der jüngeren Bevölkerung, von einigen nationalistischen Protestminderheiten abgesehen, von der nationalstaatlichen Tradition des Bismarckreiches. Es findet nahezu keinen Niederschlag in dem Anspruch nach gesamtdeutschen Institutionen, wie dies für die Ost-CDU oder die gesamtdeutschen Arbeitskreise anderer Parteien und Verbände gegolten hat.

In der Bundesrepublik hat sich, ohne daß der Konflikt mit der gesamtnationalen Überlieferung als besonderes Problem erscheint, ein gesellschaftliches Solidaritätsbewußtsein herausgebildet, das durchaus nationalen Charakter besitzt, dessen historische Dimension jedoch noch zu kurz bemessen ist, um als Mittel politischer Integration bewußt eingesetzt zu werden. Es wurzelt weit weniger im geistig-kulturellen Erbe der Nation als im Selbstverständnis der bundesrepublikanischen „Lei-

stungsgesellschaft“. Die politische und rechtliche Aufrechterhaltung des gesamtdeutschen Vertretungsanspruchs und deren terminologische Konsequenzen haben bewirkt, daß der westdeutsche Nationsbildungsprozeß in den Medien und der politischen Programmatik von Parteien und Verbänden heruntergespielt wird.

Nationale Solidarität und nationales Bewußtsein — damit Nationalismus — erwachsen in der Regel aus der Gemeinsamkeit distinkter historischer Erfahrungen. Für beide deutschen Staaten gilt, daß Anknüpfungsversuche an positive geschichtliche Traditionselemente — Clausewitz, Gneisenau und Arndt in der DDR, Stein, Bismarck und Stresemann in der Bundesrepublik — künstlichen Charakter tragen, da sie aus der Sicht des 1945 gescheiterten deutschen Nationalstaats nur noch begrenzten historischen Symbolwert besitzen. Dabei darf übrigens nicht übersehen werden, daß sich in Deutschland auch vorher kein geschlossenes nationales Geschichtsverständnis herausbildete, die historische Abstützung des Nationalbewußtseins vielmehr zwischen großdeutsch geprägtem „Reichsgedanken“ und „kleindeutscher“ Machtstaatsidee oszillierte. Die ursprüngliche Anknüpfung der Weimarer Republik an die Tradition der deutschen Revolution von 1848/49 wurde zwar nach 1945 erneuert, blieb aber ein bald überwundener Nachklang zum nationalen Selbstverständnis der Weimarer Republik<sup>18)</sup>.

Das Fehlen einer nationalen geschichtlichen Tradition, die nicht durch den Wilhelminismus, die Weimarer Republik und das Dritte Reich gleichsam abgebraucht oder entwertet wurde, ist ein Kennzeichen des deutschen Nationalbewußtseins der Gegenwart, und hierin liegt die Schwäche aller Versuche, dasselbe durch einen vermehrten Rekurs auf die Historie zu kräftigen. Diese für die deutsche Entwicklung seit der Niederlage des vormärzlichen Liberalismus bezeichnende Konstellation wird zugleich durch das rückläufige Gewicht des klassischen Nationalstaats unter den Bedingungen zunehmender ökonomischer und politischer transnationaler Integration beeinflusst.

Der relative Gewichtsverlust des Nationalstaats ist eine allgemeine Erscheinung. Sie ergibt sich aus der anwachsenden internatio-

<sup>17)</sup> Bulletin, Presse und Informationsamt der Bundesregierung Nr. 137 vom 21. November 1978, S. 1278.

<sup>18)</sup> Vgl. Horst Ehmke, Was ist des Deutschen Vaterland? in: Jürgen Habermas (Hrsg.), Stichworte zur „Geistigen Situation der Zeit“, Frankfurt 1979, Bd. 1, S. 53ff.



nenalen Politikverflechtung. Sie vollzieht sich einerseits auf dem Wege starrer transnationaler Bündnisbeziehungen, andererseits informell durch die steigende Bedeutung internationaler Wirtschaftsgruppen, die sich einer effektiven Kontrolle durch die Nationalstaaten und durch transnationale wirtschaftliche Zusammenschlüsse wie die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft entziehen. Wengleich der Nationalstaat nach wie vor Träger der Souveränität ist, hat er doch seinen Handlungsspielraum in außenpolitischer und militärischer Beziehung weitgehend eingebüßt. Die drei klassischen Funktionen des Nationalstaats — die Gewährleistung von Schutz gegen militärische Aggression, die Sicherung der nationalen Ökonomie und die Schaffung eines einheitlichen Binnenmarkts — hat er faktisch weitgehend an transnationale Institutionen abgegeben. Die gleichwohl weiterhin virulente nationalstaatliche Tendenz — dies betrifft vor allem die Dritte Welt — kann sich nur angesichts eines Gleichgewichts internationaler Mächtekonstellationen behaupten, das in der Regel die Lokalisierung peripherer Konflikte begünstigt<sup>19)</sup>.

Im Innern tritt der Nationalstaat dem Bürger in Form einer verwaltenden und über erhebliche Anteile des Volksaufkommens verfügenden Bürokratie, damit weitgehend anonym gegenüber. Die Bindekraft nationaler Symbole ist rückläufig. Traditionale Loyalitätsressourcen wie das Ansehen angestammter Dynastien verlieren an Gewicht. Mit zunehmender transnationaler Integration tritt neben die nationale Loyalität der Bürger deren Orientierung auf supranationale Bestrebungen, so wenig diese — wie der Europagedanke — ohne weiteres an die Stelle der angestammten Nationalismen rücken.

Entgegen der Erwartung, daß der nationale Gedanke, nicht zuletzt angesichts der Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges, jedenfalls in Europa zurücktreten werde, ist er nach wie vor eine bestimmende politische Kraft. Nur löst sich die Bindung an die nationalstaatliche Struktur, wie sie sich im Laufe des 19. Jahrhunderts ausgebildet hat, zunehmend auf. Ihren Platz nehmen allenthalben regionale Nationalismen ein, die an ältere, abgebrochene Nationsbildungsversuche anknüpfen. Die flämische und wallonische Bewegung in Belgien, die baskische, katalanische und galizische

Autonomietendenz in Spanien, die zugleich die französische Baskenregion einschließt, die Ansätze zu einer bretonischen Autonomiebewegung, das Auftauchen von nationalen Autonomiebestrebungen in Schottland und Wales beweisen, daß auch in den klassischen westeuropäischen Nationalstaaten längst totgesagte Nationalitäten unter bestimmten Bedingungen politische Bedeutung gewinnen können<sup>20)</sup>.

Daß in Südost- und Ostmitteleuropa unter der Decke „brüderlicher“ Solidarität die Spannungen zwischen den Nationalitäten fortbestehen und vielfach nur durch weitgehende Autonomiezusagen abgefangen werden können, ist hinreichend bekannt. Auch in der Sowjetunion wird diese Problematik in dem Maße in den Mittelpunkt rücken, wie der Industrialisierungsprozeß sowohl die ökonomische Disparität der einzelnen Regionen als auch die allgemeine soziale Mobilität erhöhen wird. Die Verschärfung des Nationalitätenkonflikts in Kanada und die Ansprüche, die einzelne Minderheiten — so die Puertorikaner und Indianer — in den Vereinigten Staaten erheben, machen deutlich, daß es sich um eine globale Tendenz zu steigender nationaler Differenzierung handelt, die sich vielfach innerhalb geschlossener Nationalstaaten vollzieht.

Man wird diese Tendenz zu nationaler und regionaler Differenzierung als eine Reaktion auf die zunehmende Uniformierung des nationalstaatlichen Handelns wie der äußeren kulturellen und zivilisatorischen Ausgleichung, die ja auch eine Einbuße spezifisch nationaler Identifikationsmomente enthält, betrachten müssen. Angesichts fortschreitender Rationalisierung der äußeren Lebensverhältnisse gewinnt das Anknüpfen an regionale Besonderheiten und Traditionen einen eigentümlichen Reiz.

Parallel zu dem Aufstieg von als überwunden betrachteten Nationalitätsbestrebungen findet sich eine ausgeprägte Tendenz zur Betonung der Eigenständigkeit der Regionen gegenüber den nationalstaatlichen Zentralverwaltungen wie einem weitgehend zentralisierten System öffentlicher Kommunikation. Die Rolle der Regionen im herkömmlich ausgeprägt zentralistisch regierten Frankreich nimmt ständig an Bedeutung zu, und am Beispiel Lothringens und des Elsaß läßt sich zeigen, wie stark der Wille zu regionaler politisch-sozialer Gestaltung ausgeprägt ist.

<sup>19)</sup> Vgl. Karl W. Deutsch, Nation und Welt, in: Heinrich August Winkler (Hrsg.), Nationalismus, Meisenheim 1978, S. 59ff.

<sup>20)</sup> S. die Literaturübersicht ebd. S. 35.



Aus der Beobachtung dieser gerade in der westlichen Welt hervortretenden Tendenzen ergibt sich die Schlußfolgerung, daß der Nationalstaat in seiner im 19. Jahrhundert entstandenen Form das Monopol auf nationale Loyalität nur noch bedingt beanspruchen kann. Dies ist für die Beurteilung der „deutschen Frage“ von grundlegender Bedeutung. Es spricht wenig dafür, daß die Erinnerung an Bismarcks kleindeutschen Nationalstaat tragfähig genug ist, um darauf eine „gesamtdeutsche“ Politik mit dem Ziel der Wiedervereinigung abzustützen. Von Dieter Schmidt-Sinns ist mit Recht betont worden, daß der geeinigte Staat nicht „Normalität, sondern Ausnahmefall der deutschen Geschichte“ gewesen sei<sup>21)</sup>. Zwar hat das wilhelminische Kaiserreich die historische Verbindung zur mittelalterlichen Reichstradition zu schlagen versucht, und es tat dies in der Absicht, die im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts dominanten neoromantischen Stimmungen in den Dienst wilhelminischer „Weltgeltung“ zu stellen. Wie ausgelaugt diese historische Reminiszenz ist, wird aus der Episode deutlich, daß die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik keine Hand rührte, um die Mobilisierung der gesamt-nationalen Tradition der Stauferkaiser für die Unterfütterung einer baden-württembergischen Staatsidee zu kritisieren, die mit der Veranstaltung der Staufer-Ausstellung angestrebt wurde.

Die Tatsache, daß die nationalistische Rechte der Weimarer Republik die innere Legitimation bestritt, in der Nachfolge des Kaiserreichs zu stehen, daß umgekehrt die nationalsozialistische Politik durch die Berufung auf die Bismarcksche Tradition diese definitiv entwertete, beweist die Hoffnungslosigkeit jedes Versuchs, die Bundesrepublik oder ein künftiges Gesamtdeutschland aus dieser historischen Perspektive begreifen und historisch legitimieren zu wollen. Die Bismarck-Gedenkfeier im Deutschen Bundestag von 1965 ist denn auch eine rückwärts gewandte Episode geblieben<sup>22)</sup>.

Die in der Bundesrepublik verschiedentlich geäußerte Kritik an einem Mangel an historischem Bewußtsein bezieht sich implizit auf

das Fehlen eines die politischen Richtungskonflikte übergreifenden geschichtlichen Selbstverständnisses. In den darüber geführten Debatten taucht häufig der Wunsch auf, zu einem mehr oder minder verbindlichen Geschichtsbild „zurückzugelangen“. In dem erwähnten Antrag der nordrhein-westfälischen CDU-Fraktion war gerade von einem aus den Grundnormen der Landesverfassung abzuleitenden „Geschichtsbild“ die Rede<sup>23)</sup>.

Schon die Vokabel „Geschichtsbild“ bedarf einer gründlichen Denunzierung, da sie impliziert, daß aus der nationalen Geschichte verbindliche Wertvorstellungen abzuleiten seien, was mit einer wissenschaftlichen Geschichtsbetrachtung unvereinbar ist. Zugleich hat der deutsche Nationalstaat kein einheitliches geschichtliches Selbstverständnis hervorbringen können. Der konfessionelle Gegensatz, die nachwirkenden dynastisch-territorialen Traditionen und die sozial-ökonomischen Unterschiede zwischen großagrarisches geprägten ostelbischen Gebieten und dem durch bäuerliche Selbständigkeit und städtische Entwicklung bestimmten Südwesten und Westen haben sich in einer ausgesprochen starken historiographischen Differenzierung niedergeschlagen. Die Versuche — wie beispielsweise durch den „vaterländischen“ Geschichtsunterricht im Kaiserreich — zu einer für alle Bevölkerungsgruppen verbindlichen Geschichtsansicht zu gelangen, hatten daher notwendig einen artifiziellen Charakter.

Historische Autostereotype haben für die Ausbildung des nationalen Selbstverständnisses konstitutive Bedeutung. Für das tschechische Nationalbewußtsein ist die Gegenüberstellung der kleinen „demokratischen“ Völker als Hüter der Humanität zu den großen herrschenden Nationen, die zu autokratischen Strukturen tendieren, charakteristisch<sup>24)</sup>. Im deutschen Nationalbewußtsein der vorbismarckschen Zeit spielten Reminiszenzen an die deutschen Stämme, obwohl es sich bei diesen überwiegend um Schöpfungen der frühneuzeitlichen Landesherrschaft und teilweise des territorialstaatlichen Absolutismus der napoleonischen Zeit handelte, eine bezeichnende Rolle; mit der Formel „das deutsche Volk, geeinigt in seinen Stämmen“ knüpfte der

<sup>21)</sup> Dieter Schmidt-Sinns, *Mittlere Geschichte im Lernfeld Politik*, in: F. Neumann/K. G. Fischer (Hrsg.), *Option für Freiheit und Menschenwürde*. Festschr. f. W. Hilligen, Frankfurt 1976, S. 140.

<sup>22)</sup> Hans Rothfels, *Otto von Bismarck. Rede bei der Gedenkfeier anlässlich des 150. Geburtstages des Reichskanzlers Otto von Bismarck im Bundeshaus am 1. April 1965*, in: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung* 59/65 vom 2. April 1965, S. 6—20.

<sup>23)</sup> Abgedruckt in: *Geschichtsdidaktik* 3/1978, S. 290.

<sup>24)</sup> Vgl. Eugen Lemberg, *Voraussetzungen und Probleme des tschechischen Geschichtsbewußtseins*, in: Ernst Birke/Eugen Lemberg (Hrsg.), *Geschichtsbewußtsein in Ostmitteleuropa*, Marburg 1961, S. 98 ff.



Vorspruch der Weimarer Reichsverfassung daran an. Der kleindeutsche Nationalismus des Bismarck-Reiches<sup>25)</sup> war schon 1914 mit dem Mitteleuropagedanken, in der Weimarer Zeit der Reichsidee einerseits, verstärkten partikularistischen Tendenzen namentlich in Bayern andererseits konfrontiert. Die kleindeutschen Imperialisten der Vorkriegszeit wandten sich nun im Zeichen der „Kulturnation“ gegen die westliche „Staatsnation“ und traten auf als Verfechter der „deutsch-slawischen“ Schicksalsgemeinschaft. Max Hildebert Böhms Programm des „eigenständigen Volkes“ bildete indessen ebensowenig eine ernsthafte Alternative zu dem von Hitler aufgegriffenen Programm des deutschen hegemonialen Imperialismus wie die korporative Reichsidee Otmar Spanns, die Heinrich Ritter v. Srbik unmittelbar der Legitimierung der nationalsozialistischen Großraumpolitik dienstbar machte<sup>26)</sup>.

Diese Andeutungen lassen erkennen, daß die wechselnde politische Entwicklung Deutschlands seit der Schaffung des Deutschen Bundes von 1815 keineswegs zu einem einheitlichen Nationalbewußtsein, jedenfalls hinsichtlich dessen territorialen Geltungsanspruchs, geführt hat, an das ein in der Gegenwart propagiertes „gesamtd deutsches“ Bewußtsein einfach anknüpfen könnte. Dies gilt um so mehr, als der Grundstrom des deutschen Nationalismus die deutsche Identität in der Abgrenzung gegenüber dem Westen, in der Hervorhebung eines eigenständigen deutschen verfassungsgeschichtlichen wie gesellschaftlichen Wegs gesucht hat, während seine demokratische Komponente darüber verkümmerte. Schon in Hitlers „Großgermanischem Reich deutscher Nation“, nicht erst durch die in den Jahren des Kalten Krieges vollzogene deutsche Teilung, war der deutsche Nationalstaatsgedanke in seinen im 19. Jahrhundert geprägten Varianten preisgegeben, und die historischen Reminiszenzen der Reichsidee wurden von Heinrich Himmler in die Hybris des germanischen Elitekults gezogen, den die Kulturideologen

<sup>25)</sup> Vgl. Theodor Schieder, Das Deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat, Köln 1961, S. 13ff.; Robert A. Berdahl, Der deutsche Nationalismus in neuer Sicht, in: H. A. Winkler, Nationalismus, a. a. O., S. 144ff.

<sup>26)</sup> Für die Tradition vgl. etwa Theodor Veiter, Deutschland, deutsche Nation und deutsches Volk. Volkstheorie und Rechtsbegriffe, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 11/1973, S. 33ff.; vgl. Karl Ferdinand Werner, Das NS-Geschichtsbild und die deutsche Geschichtswissenschaft, Stuttgart 1967, S. 88ff.

der SS zur Abstützung unbegrenzter Großraumpläne entwickelten.

Die Auflösung des Deutschen Reiches im Mai 1945 resultierte in einer Neubelebung der partikularistischen Bestrebungen, die dadurch unterstützt wurde, daß die westlichen Alliierten sehr rasch die neu geschaffenen Länder politisch konstituierten, während sie die Entwicklung der Verbände und Parteien auf nationaler Ebene behinderten, ganz im Gegensatz zu der Politik der SMAD. Unabhängig von dem entstehenden Kalten Krieg und der zunehmend hermetischen Abtrennung der SBZ von den Westzonen war die Frage der „deutschen Einheit“ für Politiker und Parteien der ersten Nachkriegsjahre von untergeordneter Bedeutung. Im Gegensatz zu den Erwartungen Kurt Schumachers kam es nicht zur Entfaltung eines ausgeprägten gesamtdeutschen Nationalismus. Dies ermöglichte es Konrad Adenauer, die Politik der Westintegration ohne größere innenpolitische Widerstände zum Erfolg zu führen. Auch die SPD stimmte im wesentlichen mit der Linie überein, die Bundesrepublik zum ökonomischen Magneten zu machen, der die SBZ auf lange Sicht heranziehen und das Regime der SED unhaltbar machen würde. Hinter der politisch irrealen Forderung der „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit“ vermittelte der Veranstaltung gesamtdeutscher Wahlen verbarg sich ein hohes Maß an politischem Quietismus.

Im Zuge des raschen wirtschaftlichen Aufstiegs der Bundesrepublik und in Anbetracht eines breiten innenpolitischen Konsensus, der sich auf den Gegensatz zum stalinistischen Totalitarismus berief und politische Konflikte, die das neu gewonnene demokratisch-parlamentarische System grundsätzlich in Frage stellten, tabuisierte, ergaben sich keine nennenswerten Legitimationsprobleme. Dies änderte sich erst mit der Studentenbewegung und dem Auftreten der kritischen Linken, die die Restauration der sozial-ökonomischen Struktur der 20er und 30er Jahre in der Gegenwart schärfster Kritik unterzog. Indessen ist das Bedürfnis, das bestehende gesellschaftliche und politische System durch den Rekurs auf ein „nationales Geschichtsfeld“ zusätzlich zu legitimieren, erst im Zusammenhang mit der nach dem Auslaufen der linken Protestbewegung erfolgenden konservativen Rückwendung weiter Teile der öffentlichen Meinung verstärkt aufgetreten.

In der Tat befindet sich die Bundesrepublik insofern in einer Legitimitätskrise, als die bloße Beschwörung der Wiederaufbauleistung in



den Jahren nach 1945 und die Tendenz, die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ in einem rückwärtsgewandten Sinne festzuschreiben, nicht ausreicht, um viele Angehörige der jüngeren Generation zu einem inneren Engagement für das bestehende gesellschaftliche und politische System zu gewinnen. Die Ausbreitung jugendlicher Subkulturen, die sozial isoliert sind, Drogenmißbrauch und konsumgesellschaftliches Sich-Treibenlassen vieler Jugendlicher sind ein klares Symptom für diese Lage.

Es erscheint jedoch als unvermeidbar, die sich in diesen Erscheinungen spiegelnde politische Identitätskrise durch die Wiederbelebung eines von seinen „Auswüchsen“ befreiten deutschen Nationalismus beheben zu wollen. Andererseits ist nicht daran zu zweifeln, daß das Fehlen eines ausgeglichenen nationalen Selbstverständnisses leicht dazu führen kann, daß nationale Indifferenz in emotionalen Nationalismus umschlägt. Das Gastarbeiterproblem bietet genug Anschauungsmaterial für solche Gefährdungen. Daß hierfür ein ungebrochenes und gleichwohl kritisches Verhältnis zur Geschichte der bestehenden Gesellschaft ein wichtiges Hilfsmittel ist, um Identifikationsprozesse in Gang zu bringen, ist unbestritten, hingegen sind die Chancen dafür unterschiedlich zu beurteilen. Indessen ist das historische Interesse, entgegen beredten Klagen vor allem aus den 50er Jahren, weit weniger abgesunken, als dies infolge der historischen Kontinuitätsbrüche in der deutschen Entwicklung seit dem Kaiserreich und den traditionsfeindlichen Auswirkungen der Industriegesellschaft anzunehmen wäre. Nur hat sich der Inhalt des historischen Interesses charakteristisch verlagert.

Die Tendenz zur Regionalisierung schlägt sich in der Bundesrepublik in der Erscheinung nieder, daß die Geschichte der Regionen zunehmendes Interesse findet, wie sich auch das Bewußtsein regionaler und lokaler Eigenständigkeit verstärkt, ohne sich an die föderalistische Gliederung anzuschließen. Die Vielzahl von lokal- und regionalgeschichtlichen Ausstellungen, die in den letzten Jahren veranstaltet wurden oder gerade vorbereitet werden, bestätigen diesen Entwicklungstrend. Er hat in der zunehmenden Hinwendung der Geschichtswissenschaft zu sozialgeschichtlichen Themen, die notwendigerweise zugleich regionalen Charakter haben, eine Entsprechung. Patenschaften und institutionalisierte Formen kultureller Kooperation mit ausländischen Kommunen deuten an, daß die Verstärkung

des regionalen Eigenbewußtseins sich mit transnationalen Solidaritäten verbinden kann.

Angesichts dieser Konstellation spricht wenig dafür, daß eine Aktivierung von zentralen Themen der deutschen Geschichte — etwa im Zusammenhang mit der geplanten „Preußen“-Ausstellung — zu einer Intensivierung des „gesamtdeutschen“ Bewußtseins führt. Es kommt hinzu, daß es an einer ausreichenden geschichtlichen Legitimation des gesamtdeutschen Nationalbewußtseins, insofern es auf die Wiedergewinnung staatlicher Einheit abzielt, fehlt. Die regelmäßige Beschwörung der gemeinsamen kulturellen Tradition und der Spracheinheit ist nicht überzeugend, da sie Österreich und die deutschen Teile der Schweiz nicht ausklammern kann. Ebenso hilflos erscheint die von der Kultusministerkonferenz aufgenommene Formel von der deutschen Nation als „Staatsvolk“, das „keinen gemeinsamen Staat hat“<sup>25</sup>). Die Hervorhebung eines „besonderen geschichtlichen Zusammenhangs der Deutschen in Ost und West“ hingegen ist, abgesehen von der Selbstverständlichkeit territorial- und sozialgeschichtlicher Verbindungslinien, sicherlich das falsche Verfahren, um das Bewußtsein gemeinsamer historischer und kultureller Grundlagen der beiden deutschen Staaten zu bewahren und zu pflegen.

Die Verwendung der Begriffe „Kulturnation“ und „deutsches Staatsvolk“ steht vor der Schwierigkeit, den Geltungsbereich des „gesamtdeutschen“ Nationalbewußtseins darzulegen. Mit derlei definitorischen und juristischen Erwägungen ist jedoch nichts gewonnen<sup>26</sup>). Sie übersehen, daß das Bewußtsein nationaler Identität nicht von äußeren Kriterien abhängig ist. Nationalismen — und als solche sind alle Formen nationaler Bindungen zwischen sozial differenzierten Gruppen zu bezeichnen — haben besondere soziale Loyalitäten zum Gegenstand, die auf erleichterter Binnenkommunikation beruhen und in der Regel auf gemeinsame Herkunft, gemeinsame geschichtliche Erfahrungen und gemeinsame Sprache zurückgehen. Nationen sind keine festen Größen, wengleich das Bewußtsein nationaler Zugehörigkeit in der Regel eine ausgeprägt hohe historische Konstanz aufweist. Die nach 1945 vollzogene österreichische Nationsbildung zeigt, daß — wie dies die Geschichte der Nationalismen in Europa seit dem ausgehenden Mittelalter erkennen läßt — größere nationale Einheiten unter bestimmten Bedingungen durch nationale Soli-



darisierung geringerer Reichweite abgelöst werden. Es ist nicht vorauszusagen, welche der in unterschiedlichen historischen Phasen herausgebildeten nationalen Solidaritäten langfristig die größere Zukunft haben. Man wird sich jedoch darauf einstellen müssen, die klassischen europäischen Nationalstaaten als historische Erscheinungen zu betrachten, die durch konkurrierende nationale Solidarisationen ersetzt werden können — ein Prozeß, der sich in unseren Tagen in Belgien und Spanien zu vollziehen scheint.

Die „deutsche Frage“ ist ebenso durch die Existenz konkurrierender nationaler Solidaritäten von unterschiedlicher Reichweite geprägt. Der „kleindeutsche“ Nationalismus, der in Anknüpfung an die staatsrechtlichen Gegebenheiten zum offiziellen Inhalt des Gedankens der Wiedervereinigung gemacht wird, ist nur eine unter mehreren Varianten. Ob er unter den geschilderten Bedingungen die Kraft hat, die sich abzeichnende Tendenz zur deutschen Binationalisierung zu verringern, muß offenbleiben. Dies gilt um so mehr, als die Entwicklung der deutschen Nation stets durch konkurrierende nationale Vorstellungen geprägt war, die von bloßer kultureller Zusammengehörigkeit bis zum Reichsmystizismus reichte.

Zur Begründung eines erstrebten nationalen Zusammenhangs zwischen den beiden deutschen Staaten wird man daher besser auf gegenwärtige politische und gesellschaftliche Interessen zurückgreifen als die staatliche Einheit aus der deutschen historischen Entwicklung zu deduzieren, in der sie kurzfristige

Episode geblieben ist. Diese Interessen bestehen in ökonomischer, kultureller und sozialer Hinsicht. In ihnen spielen die Sicherung West-Berlins und das Problem der Freizügigkeit zwischen beiden deutschen Staaten eine maßgebende Rolle. Rechtskontinuitäten zum Deutschen Reich wie die Staatsangehörigkeit und dergleichen sind keineswegs nur fiktiv sondern von realer Bedeutung, da sie tatsächlichen sozialen Bedürfnissen Rechnung tragen.

Eine interessenorientierte Analyse des Problems der „deutschen Einheit“ kann freilich nur einen Teilaspekt desselben erschließen. Entscheidend für das Fortbestehen gesamtdeutscher Einstellungen in beiden Teilen Deutschlands ist die Wahrnehmung der Eigenständigkeit gegenüber benachbarten Völkern. Eine bloß die eigene Nationalgeschichte ins Auge fassende historisch-politische Bildung bleibt daher introvertiert und kann das gesteckte Ziel, das Fortbestehen innerdeutscher Solidaritäten und Zusammenhänge aufzudecken, nicht hinreichend ausfüllen. Die Geschichte der deutschen Nation kann sinnvoll nur als Geschichte der in Mittel- und Ostmitteleuropa lebenden Völker und ihrer Beziehungen behandelt werden. Nur bei bewußter Preisgabe der nationalstaatlichen Begrenzung kann der Geschichtsunterricht die Aufgabe wahrnehmen, ein tieferes Verständnis des deutschen Problems zu vermitteln, ohne ungewollt in die Fußstapfen imperialistischer Zielsetzungen und mitteleuropäischer Chimären zu treten.



## Das Europäische Parlament ein halbes Jahr nach seiner Wahl

Dem Zeitgenossen, der sich aus der deutschen Tagespresse ein Bild über die Entwicklung des Europäischen Parlamentes seit seiner Wahl machen will, wird es nicht leicht gemacht. Nur wenige Zeitungen — ausgenommen die fachlich orientierten Publikationen wie die Wochenzeitung Das Parlament oder die monatlich erscheinende Europäische Zeitung — pflegen eine kontinuierliche Berichterstattung, und häufig sind die Berichte in der Tagespresse stark meinungsgeprägt. Relativ unwichtige Ereignisse, wie die Forderung nach dem weiteren Ausbau der Autobahn von Brüssel über Luxemburg nach Straßburg, erhoben von einer Reihe von Abgeordneten, oder die Benutzung der lateinischen Sprache durch einen Abgeordneten im Plenum, fanden ein breiteres (teilweise kritisches) Echo als etwa die erste Lesung des Haushaltsentwurfs für 1980 in der Sondersitzung vom 5. bis 7. November 1979 in Straßburg, bei der sich die Ablehnung des Haushaltsentwurfs bereits abzeichnete.

Eigentlich konnte das Europäische Parlament bisher erst zweimal auf die Titelseite unserer großen Presse vordringen: anlässlich der Eröffnungssitzung am 17. Juli und mit der Entscheidung vom 13. Dezember 1979, den Haushaltsentwurf des Rates für 1980 abzulehnen, womit es zugleich ein hartnäckig wiederholtes Vorurteil widerlegte, demzufolge dieses Parlament keinerlei Rechte habe.

### Im Einklang mit dem Wähler

Mit der Ablehnung des Haushaltsentwurfs, der über 80 % der anwesenden Abgeordneten zustimmten (wobei 353 der 410 Abgeordneten an der Abstimmung teilnahmen), hat das Parlament ohne Zweifel in Übereinstimmung mit dem großen Teil seiner Wähler gehandelt. Das Parlament verlangte beim Haushalt 1980, daß ein Anfang gemacht werde zur Eindämmung der Agrarkosten und der Agrarüberschüsse; es verlangte auch eine Vergrößerung des Regionalfonds und des Sozialfonds zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, eine verstärkte Förderung einheimischer Energie und eine stärkere Haushaltskontrolle durch Budgetisie-

rung der Kosten für die Entwicklungshilfe und der Darlehnsoperationen. Agrarkosten, Arbeitslosigkeit, Energiekrise und stärkere Kontrolle des Brüsseler Finanzgebarens waren aber genau die Themen, die im ersten Wahlkampf eine wichtige Rolle spielten, und das Europäische Parlament hat nicht gezögert, den Willen des Souveräns bei der ersten Gelegenheit deutlich zum Ausdruck zu bringen — als nämlich der Rat sich unfähig oder nicht willens zeigte, auf die Budgetforderungen des Parlaments einzugehen. Daß es der politischen Führung der meisten Fraktionen und dem Haushaltsausschuß dabei gelang, die Mehrheit der Argarlobby im Hause von der Notwendigkeit einer Eindämmung der Agrarausgaben, besonders bei den Milchüberschüssen, zumindest für diese Abstimmung zu überzeugen, ist ein nicht unerheblicher zusätzlicher Erfolg. Auch bei anderen Debatten und Entscheidungen hatte das Hohe Haus durchaus den Willen des Wählers vor Augen — wie noch zu zeigen sein wird — und Entscheidungen getroffen, die in Richtung auf eine Weiterentwicklung der Gemeinschaft wiesen.

### Schwieriger Start

Dabei hatte es dieses Parlament bei seiner Konstituierung nicht einfach. Mit einer Wahlbeteiligung von 62,2 % im Länderdurchschnitt fiel das Wählervotum nicht so überzeugend aus, wie es von den Anhängern der Europawahl gewünscht worden war. Allerdings ist für diesen Ausgang vor allem das geringe Wählerinteresse bei den neuen Mitgliedsländern Großbritannien (ohne Nordirland 32,6 %) und Dänemark (47 %) verantwortlich. Aber auch in der Bundesrepublik Deutschland lag die Wahlbeteiligung mit 65,7 % um 10-20 % unter der Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen<sup>1)</sup>.

Auch die Konstituierung der Fraktionen (in der Woche vom 9. bis 14. Juli 1979 in Luxem-

<sup>1)</sup> Sicherlich sind beide Wahlen nur schwer vergleichbar, da es unter anderem bei der ersten Europa-Wahl nicht um eine Regierungsbildung mit ihren personellen und politischen Alternativen ging und das gewählte EP noch keine Legislaturperiode mit Leistungen bzw. Mißerfolgen vorweisen konnte.



burg) und des Plenums (vom 17. bis 20. Juli in Straßburg) hatte ihre Tücken. Es gab erkennbare Spannungen zwischen bisherigen altgedienten EP-Abgeordneten (von den ehemaligen 198 Abgeordneten kehrten 67 zurück) und den Neuen, unter denen sich von Willy Brandt bis Leo Tindemans eine ganze Anzahl politischer „Schwergewichte“ befanden. Bei dieser Gruppe, aber auch bei denen, die ganz neu und erstmals in das „parlamentarische Geschäft“ einstiegen, standen die Leistungen des bisherigen — delegierten — Parlaments häufig nicht gerade hoch im Kurs. (Nicht ganz zu Recht, will dem Beobachter scheinen, denn dieses „Vorläuferparlament“ hat immerhin auch das Haushaltsrecht erstritten, mit dem das gewählte Parlament den Haushaltsentwurf für 1980 ablehnen konnte.)

Trotzdem setzten sich „altgediente“ Parlamentarier bei der Wahl der Fraktionsvorsitzenden durch; das dreizehnköpfige Präsidium aber besteht mit zwei Ausnahmen aus Neulingen, bei den fünfzehn Ausschußvorsitzenden sind sieben Neulinge zum Zuge gekommen. Nicht ohne Folgen blieb die Wahl Martin Bagemanns zum Fraktionsvorsitzenden der klein gewordenen Liberalen und Demokratischen Fraktion<sup>2)</sup>. Mit dem Vorschlag seiner Wahl glaubten sich die die Fraktion beherrschenden 17 Giscardisten (Liste Simone Veil) die notwendige Mehrheit gesichert zu haben, um ihre Favoritin Simone Veil als Parlamentspräsident durchzusetzen gegen Gaston Thorn, der immerhin Vorsitzender der Föderation der liberalen und demokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft ist. Mit 20 gegen 16 Stimmen setzte sich dann auch Simone Veil als Kandidatin in der Fraktion durch. Gaston Thorn verließ das Europäische Parlament, um zuhause — nach verlorener nationaler Wahl — anstatt Regierungschef wenigstens Außenminister zu werden. Daß ein liberaler Kandidat gekürt werden würde, war von Anfang an sicher, denn es entsprach einer Absprache aus den frühen siebziger Jahren, die damals alle großen Fraktionen getroffen hatten, die später aber von der sozialistischen Fraktion de facto aufgekündigt wurde. Bei der letzten Wahl eines Präsidenten, des Christdemokraten Emilio Colombo, hielt der „Bürgerblock“ aber an dem Abkommen fest.

Auch die konstituierende Sitzung verlief nicht ohne Schwierigkeiten. Vor allem aus Italien,

<sup>2)</sup> Mit 40 Abgeordneten rangiert sie als fünftstärkste Fraktion nach den Kommunisten mit 44 Abgeordneten.

Dänemark, Belgien und den Niederlanden waren rund 20 Abgeordnete kleiner und radikaler Parteien ins Europäische Parlament gewählt worden, die den Versuch der großen Fraktionen, in der ersten Sitzungswoche die Geschäftsordnung an die Bedingungen des vergrößerten Hauses anzupassen, durch Hunderte von Abänderungsanträgen und Anträge auf — langdauernde — namentliche Abstimmungen blockierten. Elf dieser Abgeordneten vereinigten sich nämlich, unter Führung der italienischen Radikalen Marco Pannella und Emma Bonino zu einer sogenannten „Fraktion für die technische Koordinierung und Verteidigung der unabhängigen Gruppen und Abgeordneten“, die nach der alten Geschäftsordnung Fraktionsstärke hatte und die nun mit allen Tricks versuchte, ihren Fraktionsstatus — der mit politischen und finanziellen Vorteilen ausgestattet ist — zu erhalten. Auch bei der Aufstellung der Tagesordnung und in den Debatten darüber brachte diese Gruppe häufig Änderungsanträge ein, die den Geschäftsgang des Parlaments in die Länge zogen.

An diesen Geschäftsordnungsdebatten waren aber auch zahlreiche, vor allem neue Abgeordnete beteiligt, die durch Einreichung von Dringlichkeitsanträgen und stundenlangen Debatten darüber dazu beitrugen, daß die pressegünstige Zeit bis 15 Uhr häufig mit Geschäftsordnungsverfahren vertan wurde.

Diese Anlaufschwierigkeiten fanden ein teilweise negatives Echo der zumeist von weither angereisten Journalisten, und vergrößernde Schreibtischkommentare, fernab vom Geschehen geschrieben, taten das Ihrige<sup>3)</sup>.

<sup>3)</sup> So schrieb etwa Eugen Kogon in den Frankfurter Heften (34. Jahrgang, Heft 9, September 1979, S. 8): „So jämmerlich hat sich den Beginn des neuen Europa-Parlaments zu Straßburg, wie er sich angelassen hat, niemand vorgestellt. Die Völker, die nur zögernd, wenn überhaupt, zur Wahl gegangen waren, hätten gegen ihr Mißtrauen gleich von der Eröffnungssitzung aus den Hauch der Geschichte zu verspüren bekommen müssen. Stattdessen fuhrwerke die Versammlung Stunden und Aberstunden in Geschäftsordnungsdebatten, die hauptsächlich die Konstituierung der Fraktionen betrafen. (Warum wehrte man sich dagegen, daß auch noch so kleine Gruppen die Vorteile des Fraktionsstatus zugesprochen bekamen?) Selbst Willy Brandt — der zweimal den Ausdruck ‚Affenschande‘ gebrauchte — gelang es nicht, das Vertrauen, das sich mit diesem Parlament verbinden sollte, nachhaltig wachzurufen. Daß die Leistungen, derer es bedürfte, und die schwierig genug sind, auch noch durch einen solchen Anfang belastet wurden ... Eine Möglichkeit, die sich bot, wurde vertan, — wer von den Wählern, die nicht den Europa-Verbänden angehören, denkt nun überhaupt noch an den Start in Straßburg? Ob man erfahren wird, was die Vierhundertzehn des Parla-



Dabei ging es bei diesen Geschäftsordnungsdebatten nicht nur um die gewiß raffinierte Taktik einer Minderheit (wie sie bereits von Marco Pannella und seinen Parteifreunden im römischen Parlament vorexerziert worden war) und um die Ausnutzung einer nicht mehr passenden Geschäftsordnung sowie um den Tatendrang von unerfahrenen Neuankömmlingen, sondern durchaus auch um politische Fragen, nämlich um die Rolle und die Mitwirkungsmöglichkeiten von Minderheiten in einer historischen Situation, wo ein gewisser Erosionsprozeß der klassischen Parteien in fast allen Staaten des demokratisch-parlamentarisch verfaßten Europas zu beobachten ist.

Pannella und seine zwei Kollegen von der Radikalen Partei Italiens vertreten immerhin fast soviel Wähler (1,28 Millionen) wie in Irland zur Wahl gegangen waren (1,34 Millionen), die durch 15 Abgeordnete vertreten sind. Viele Beobachter aus der Bundesrepublik Deutschland, die an die bundesdeutschen Parlamente mit ihrem Filter der Fünfprozentklausel gewöhnt sind, messen das Europäische Parlament mit deutschen Maßstäben, ohne die Traditionen und Temperamente anderer Völker und ihrer Parlamente in Rechnung zu stellen. Auch die Fraktionsführungen hatten manchmal große Mühe, den gewiß erklärbaren Tatendrang ihrer — bisweilen prominenten — Neulinge richtig zu kanalisieren und die Fraktionen zu einheitlichem und koordiniertem Tun zusammenzuführen. Immerhin besteht dieses Parlament aus Abgeordneten von mehr als fünfzig Parteien — und damit fehlt das einigende Band der parteipolitischen Solidarität innerhalb der Fraktionen. Auch die europäischen Parteibünde, die drei der sieben Fraktionen (die Sozialisten, die Christdemokraten und die Liberalen) gebildet haben, sind mit nationalen Parteien keineswegs vergleichbar, besonders was ihre Integrations- und Führungskraft betrifft.

### Unterschiedliche Erwartungshaltung

Die Schwierigkeiten zu Beginn trafen auf eine öffentliche Meinung in Deutschland mit unterschiedlicher Erwartungshaltung. Auf der einen Seite standen diejenigen, die sich von der Wahl des Europäischen Parlaments und

ments ohne Macht außer der der Ideen und des Wortes jetzt vorhaben?"  
Vgl. auch die Glosse „Irritierender Auftakt“ in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 28. 9. 1979, S. 12.

dem neuen, vergrößerten Haus nur wenig versprochen, ja die Wahl eher als ein Ablenkungsmanöver der Regierungen betrachteten, die bei der Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft in den letzten — durch weltwirtschaftspolitische Schwächen gekennzeichneten — Jahren nur geringe Fortschritte aufweisen konnten. Die Anhänger dieser These sahen in den Schwierigkeiten des Starts eine Bestätigung ihrer Meinung. Auf der anderen Seite — jenseits eines großen Teils Meinungsloser — fanden sich diejenigen, die allzu große Hoffnungen auf das gewählte Europäische Parlament setzten und von ihm sofortige Änderungen erwarteten, in Verknennung der juristischen Grundlage des Europäischen Parlaments und der Tätigkeit von Parlamenten überhaupt, die ja selbst keine Regierungsfähigkeit haben, sondern deren Aufgabe eher in der Schaffung von Regierungsfähigkeit liegt. Ein solcher Prozeß aber dauert seine Zeit, zumal das Europäische Parlament seine eigentliche Arbeit nach der Konstituierung und der darauf folgenden Sommerpause erst in der letzten Septemberwoche 1979 beginnen konnte und erst dann seine Ausschüsse mit der Ernennung von Berichterstattern und der Ausarbeitung von Berichten als der Grundlage jeder parlamentarischen Arbeit beginnen konnte.

In den ersten vier Monaten hat es dabei, sieht man von den Schwierigkeiten der Organisation seiner Arbeit ab, durchaus Beachtenswertes geleistet.

### Die Stellung des Europäischen Parlaments im institutionellen System der Gemeinschaft

Will man die Arbeit des Europäischen Parlaments beurteilen, muß man auch seine Stellung im institutionellen System der Gemeinschaft im Auge behalten. Die Kommission hat nach dem Vertrag das Initiativrecht — ein Recht, das allerdings vom Rat und dem in den Verträgen nicht vorgesehenen Europäischen Rat (der Staats- und Regierungschefs) ständig ausgehöhlt wurde. Sie führt auch die vom Rat beschlossenen Verordnungen aus. Das Parlament ist vor allem ein Konsultativorgan, das vor Entscheidungen des Rates zu den Initiativen und Vorschlägen der Kommission Stellung nimmt und Änderungen beschließt, die Kommission und Rat beachten können, jedoch nicht müssen. Eigenständige Rechte hat es vertraglich nur im Haushaltsrecht, und es kann mit qualifizierter Mehrheit die Kommis-



sion zum Rücktritt zwingen. Aber die Kommission ist dem Parlament auskunftspflichtig (nicht der Rat), und aus dieser Bestimmung ließ sich ein Kontrollrecht entwickeln, das das Parlament in beachtlichem Maße ausgebaut hat und sicher noch weiter ausbauen wird. Dabei ist zu verweisen auf die Tatsache, daß das nichtgewählte Europäische Parlament auch die Schaffung des Europäischen Rechnungshofes in jahrelangen Bemühungen durchgesetzt hat.

Der Rat hingegen ist der alleinige Gesetzgeber und damit das Nadelöhr der Gemeinschaft. Was durch ihn nicht hindurchgeht bzw. nicht von ihm angenommen wird — und seit dem Luxemburger Kompromiß<sup>4)</sup> ist das Verfahren noch schwieriger geworden —, wird „schubladiert“, das heißt es verschwindet in den Schubladen des Rates häufig auf Nimmerwiedersehen, und weder die Kommission noch das Parlament haben eine juristische Möglichkeit, den Rat zum Handeln zu zwingen<sup>5)</sup>. Gerade in diesem Punkt erwarteten die Anhänger der Direktwahl eine stückweise Änderung, weil sie erhofften, daß durch die Wahl und die Vergrößerung des Hauses, allein schon durch die Parteienkonkurrenz, ein neues Parlament entstehen würde, das ein größeres Gewicht in der Öffentlichkeit hat als das delegierte; in der Tat ist dies auch eingetreten.

## Zwei weitere Handicaps

Die relativ schwache Stellung des Europäischen Parlaments im institutionellen System ist von zwei weiteren Nachteilen begleitet, die seine öffentliche Wirkung zu schmälern in der Lage sind.

Eine Nachricht wird interessant, wenn sie neu ist. Neu sind in der Regel die Vorschläge der Kommission, des Rates und vor allem des Europäischen Rates. Sie ziehen die Journalisten an, bei Sitzungen des Europäischen Rates in der Regel bis zu 500 aus aller Welt. Interessant wird ein Vorschlag der Kommission oder des Europäischen Rates wieder, wenn er durch den Rat als Gesetzgeber verabschiedet wird.

<sup>4)</sup> Protokoll vom 29. 1. 1966, das die Krise des „leeren Stuhls“ durch Frankreich im Ministerrat beendete und das praktisch eine Außerkraftsetzung der in den EG-Verträgen vorgesehenen Mehrheitsabstimmungen beinhaltet.

<sup>5)</sup> Zwar gibt es einige Gutachten, die dem Parlament in bestimmten Fällen die Möglichkeit zusprechen, eine Untätigkeitsklage beim Gerichtshof zu erheben, so zum Beispiel zur Frage der Direktwahl. Das Parlament hat aber bisher von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht.

Dazwischen liegt die mühsame Kleinarbeit des Parlaments, die oft monatelange Ausarbeitung eines Berichtes zu einem Vorschlag, die Beratung, Veränderung und Annahme hinter verschlossenen Türen im Ausschuß und schließlich die Verabschiedung im Plenum. Diese kleinen Schritte der Transformation zu einem Vorschlag, der oft von der Kommission übernommen wird und in den Ratsbeschluß eingeht, werden häufig kaum wahrgenommen und sind deshalb selten Gegenstand der Berichterstattung, obwohl sich das Europäische Parlament sehr bemüht, die Verordnungen und Beschlüsse der EG bürger- und praxisnäher zu gestalten. Institutionell sitzt das Parlament als „Nichtgesetzgeber“ im Gegensatz zu nationalen Parlamenten also an einer wenig publicity-trächtigen Stelle. Deshalb haben eine Reihe von Ausschüssen des gewählten Europäischen Parlaments beschlossen, einen Teil ihrer Ausschusssitzungen öffentlich abzuhalten, um so die Vertreter der Öffentlichkeit mehr an ihren Arbeiten teilnehmen zu lassen.

Ein zweites Handicap liegt in der unbefriedigend gelösten Tagungsortfrage, die laut Vertrag<sup>6)</sup> in die Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten fällt, also nicht in den Händen eines Organs der EG liegt. Ein endgültiger Beschluß ist in dieser Frage für das Europäische Parlament bisher nicht getroffen worden. Das Generalsekretariat des Parlaments ist „vorläufig“ in Luxemburg untergebracht, die Plenarsitzungen fanden in der Anfangszeit nur in Straßburg statt, da in Luxemburg kein entsprechender Raum vorhanden war. Seit Anfang der siebziger Jahre fanden dann, nach Fertigstellung des neuen Ministerratsssaales und später des eigenen Plenarsaales, auch Plenarsitzungen in Luxemburg statt. Die Ausschüsse tagten in der Regel in Brüssel wegen der Nähe zur Kommission, deren Mitglieder und Beamten von ihnen immer teilnehmen.

Durch die Vergrößerung des Hauses auf 410 Mitglieder wurde wieder Straßburg zum alleinigen Tagungsort des Plenums — des Saales wegen —, aber im Frühjahr 1980 wird der neue Plenarsaal in Luxemburg fertig, und dann werden sicherlich wieder Plenarsitzungen in Luxemburg stattfinden<sup>7)</sup>.

<sup>6)</sup> Art. 216 EWG-Vertrag: Der Sitz der Organe der Gemeinschaft wird im Einvernehmen zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten bestimmt.

<sup>7)</sup> Wenn das Parlament sich nicht der Forderung der deutschen Sozialdemokraten anschließt, Plenarsitzungen nur in Straßburg abzuhalten, um die Tätigkeitsorte des EP auf zwei Städte zu konzentrie-



Nicht nur, daß der dauernde Umzug sehr kostenaufwendig ist und der Arbeit des Parlaments nur abträglich sein kann, diese ständige Ortsverlagerung beeinträchtigt auch die öffentliche Wirkung des Hohen Hauses. Die „europäischen“ Journalisten domizilieren vorwiegend in Brüssel am Sitz von Rat und Kommission (insgesamt gab es 1979 bei der Kommission 314 akkreditierte Journalisten<sup>9)</sup>). In Luxemburg und Straßburg gibt es nur wenige ausländische Korrespondenten (so etwa in Straßburg ständig nur zwei Deutsche). Abgesehen von den Vertretern der öffentlich-rechtlichen Medien sind unter den Brüsseler Beobachtern viele freie und halbfreie Journalisten, für die der dauernde Ortswechsel durchaus auch finanzielle Probleme mit sich bringt. Wenn etwa zur gleichen Zeit in Brüssel eine wichtige Veranstaltung stattfindet — wie bei der Dezembersitzung 1979 des EP mit der Haushaltsablehnung, wo zur gleichen Zeit der Nato-Rat über die Nachrüstung beriet —, dann ist der Pressesaal im Parlament merklich leer.

Die Sitz- und Tagungsortfrage, die dem Parlament unverschuldeterweise die abwertende Bezeichnung „Wanderzirkus“ einbrachte, mit dem ihr anhaftenden antiparlamentarischen Akzent, hat das gewählte Parlament bisher noch nicht zentral angepackt, obwohl sie die Parlamentarier und Fraktionen ständig beschäftigt. Es ist ein schwer zu lösendes Problem, denn sowohl die Stadt Straßburg als auch die Stadt und der Staat Luxemburg haben aus eigener Verantwortung riesige Summen investiert, um das Parlament in ihren Mauern zu beherbergen. Für beide Städte ist das Parlament außerdem ein nicht unerheblicher Wirtschaftsfaktor geworden. Hinter beiden Städten steht auch das Prestige zweier Länder, und Paris pocht ständig auf seinem Recht, daß in Frankreich die Plenarsitzungen stattfinden. Wenn das Parlament diese Frage regeln will — und letztlich muß es dies tun —, dann wird die Lösung nur in einer Globallösung für alle Organe bestehen können, die für Verluste gewisser Städte entsprechende Kompensationen schafft. Dabei müssen auch die enormen Investitionen für die Verwaltungszentren in Brüssel berücksichtigt werden.

ren. Am 14. 2. 1980 beschloß das Präsidium des EP mit 7 gegen 4 Stimmen, alle Plenarsitzungen im Jahre 1980 in Straßburg abzuhalten.

<sup>9)</sup> Laut dreizehntem Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel 1980, S. 40.

## Zeitliche Verzögerungen

Der vom alten Parlament hinterlassene Luster-Bericht zur Änderung der Geschäftsordnung, der in der konstituierenden Sitzung scheiterte, war nicht der einzige Bericht des alten Hauses, der zu den Akten gelegt werden mußte. Der Umstand, daß die Verfasser vieler Berichte und Berichtsentwürfe dem neuen Parlament nicht mehr angehören und daß für sie neue Berichterstatter ernannt wurden — teilweise mit anderer Nationalität und Fraktionszugehörigkeit —, sowie die lange Phase der Konstituierung und die notwendige Zeit der Eingewöhnung brachten es mit sich, daß bei den Arbeiten des Parlaments ein gewisser Bruch eintrat, der zu merklichen Verzögerungen führte. Das Parlament kam in Verzug mit seinen routinemäßigen Arbeiten, vor allem mit den vertraglich vorgesehenen Stellungnahmen zu Kommissionsvorschlägen, so daß von anderen Organen Klage erhoben wurde, wichtige Verordnungen könnten nicht in Kraft treten, weil die notwendigen Stellungnahmen des Parlaments fehlten. Darüber hinaus befriedigte es viele Abgeordnete nicht, zu technischen Fragen Berichte abzufassen und Debatten zu führen, die vergleichsweise in den Mitgliedsländern ohne parlamentarische Behandlung auf dem Verordnungswege geregelt werden. Viele der neuen Parlamentarier wollen große politische Debatten führen — wie es auch in den Dringlichkeitsanträgen zum Ausdruck kommt —, um das politische, demokratisch aufgebaute Europa voranzubringen und die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft zu vergrößern, aber auch um ganz bestimmte nationale oder sonstige Sonderinteressen zu vertreten.

Das nach vorwärts drängende Potential des Parlaments wurde aber auch begrenzt durch die außergewöhnliche Belastung des Personals durch die Wahlkampagne<sup>9)</sup>, durch die Arbeiten bei der Konstituierung mit zahlreichen Nachtsitzungen und ganz allgemein durch die Zunahme der Sitzungen, vor allem der Ausschüsse (die von zwölf auf 15 anwachsen) sowie der Fraktionen und deren Arbeitsgruppen. Zwar hat das Europäische Parlament seit 1977 seinen Personalbestand (inklusive der Fraktionen) von 1 515 Mitarbeitern auf 1968 erhöht. Der — zunächst abgelehnte — Haushaltsplan für 1980 sowie zusätzliche Empfehlungen des Präsidiums sehen eine weitere Er-

<sup>9)</sup> So führte die Informationsabteilung in Zusammenarbeit mit der Kommission eine eigene Motivierungskampagne durch.



höhung auf 2 616<sup>10)</sup> Stellen vor. Aber rund 40 % der Stellen werden absorbiert durch den Sprachendienst, denn dieses Parlament arbeitet — als einziges der Welt — in sechs Sprachen. Diese technische Leistung, bei der nur höchst selten Pannen vorkommen, ist bisher noch nie ausreichend gewürdigt worden. Man kann, wenn man den Sprachendienst berücksichtigt und die zahlreichen Umzüge, die ebenfalls etwa 10 % der Arbeitskraft absorbieren, durchaus von einer personellen Unterbesetzung sprechen, verglichen etwa mit der Personalausstattung des Deutschen Bundestages, der bei 517 Abgeordneten rund 2 000 (davon 400 bei den Fraktionen) hauptamtliche Mitarbeiter hat<sup>11)</sup>.

So stand vor allem die Arbeit des Plenums unter der Streikdrohung der Personalvertretung bei Überziehung der Plenarsitzungszeit, denn wegen unvorhergesehener und sich in die Länge ziehender Sitzungen und nächtlich eingereicher Abänderungsanträge mußten Dolmetscher und Übersetzer zahlreiche Überstunden leisten. So kam auch die Verwaltung in Verzug bei vielem, was in nationalen Parlamenten ein halbes Jahr nach der Wahl bereits erledigt ist. Es fehlt noch ein Parliamentshandbuch mit den Lebensläufen, ein Profil des Parlaments mit Alters-, Berufs- und Strukturvergleichen, eine eigene Akkreditierung der Journalisten und vieles andere<sup>12)</sup>, so daß in Zeitungsartikeln mitunter behauptet wurde: „Das Parlament der meist schon bejahrten Multifunktionäre in Straßburg macht bei seinen Gehversuchen keine gute Figur.“<sup>13)</sup> Diese hier aufgestellte Behauptung ist schlicht falsch, denn viele junge Abgeordnete und parlamentarische Neulinge sind ins neue Europäische Parlament eingezogen, und nur noch 67 der 410 Abgeordneten gehören einem nationalen Parlament an — die meisten von ihnen sicherlich nur noch bis zur nächsten nationalen Wahl. Und daß die beiden Gewerkschaftsführer Eugen Loderer und Karl Hauenschild Ende 1979 aus dem Parlament austraten, ein durchgängig von der deutschen Presse

sehr beachteter und kritizierter Fall, zeigt, daß sie ihre Aufgaben als Vorsitzende von großen Gewerkschaften und als Europa-Parlamentarier nicht vereinbaren konnten und daß der Rhythmus der Parlamentsarbeit ganz von selbst die verbliebenen „Multifunktionäre“ vor die Wahl stellt, zwischen dem Europäischen Parlament und anderen Verpflichtungen zu wählen. Hier ist noch zu erwähnen, daß das Europäische Parlament bei der Organisation seiner Arbeiten keine sitzungsfreie Woche im Monat ausgespart hat — wie etwa der Deutsche Bundestag —, sondern während des ganzen Monats Ausschuß- und Fraktionssitzungen abhält und einmal im Monat von Montag bis Freitag eine Plenarsitzung<sup>14)</sup>.

Inzwischen hat sich gezeigt, daß eine Plenarsitzung pro Monat wohl zu wenig ist. So hielt das EP bereits vom 5. bis 7. November 1979 eine Sondersitzung zur ersten Lesung des Haushaltsentwurfs ab, für die Beratung der Agrarpreise hat es eine weitere Sondersitzung von 24. bis 26. März 1980 beschlossen.

#### Das Europäische Parlament gewinnt Konturen

Trotz der Schwierigkeiten, von denen im Rahmen dieser Abhandlung nur einige der wichtigsten behandelt werden konnten, hat das Parlament im ersten halben Jahr seiner Arbeit Tritt gefaßt und unüberhörbar sein Recht auf Gehör und Mitwirkung angemeldet, wobei es mit der Negativentscheidung der Ablehnung des Haushaltsentwurfs — die aber Positives bewirken soll — wohl die größte Aufmerksamkeit fand. Dabei hat es die Gefahr vermieden, sich gleich zu Anfang in eine Art Regierungskoalition und eine Art Opposition zu spalten, die bei der Wahl von Simone Veil im zweiten Wahlgang durch den „Bürgerblock“ durchaus

<sup>10)</sup> Alle Zahlenangaben nach dem Jackson-Bericht, Europäisches Parlament, Dok. 1-459/79 vom 5. 11. 1979 (No PE 59 994 endg.)

<sup>11)</sup> Bundestagsdrucksache 8/3100 (Haushaltsgesetz 1980), Einzelplan 02 Anlage 2, und Bundestagsdrucksache 8/3372, Beschlußempfehlungen des Haushaltsausschusses (angenommen in der 193. Sitzung des Bundestages).

<sup>12)</sup> Siehe auch: Tue Gutes und rede darüber, Europäische Zeitung, September 1979, S. 3.

<sup>13)</sup> So die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 28. 9. 1979, S. 12.

<sup>14)</sup> Von einigen Beobachtern wird diese Regelung auch mit der Höhe der Grunddiäten begründet, die bisher aus den jeweiligen nationalen Haushalten der Mitgliedsstaaten bezahlt werden. Sie entsprechen den jeweiligen Diäten des nationalen Parlaments. So erhält der luxemburgische Abgeordnete 1 460 DM, der irische 2 230 DM, der britische 2 380 DM Grunddiäten, während ihre französischen Kollegen 7 780 DM, ihre niederländischen 7 640 DM und ihre deutschen 7 500 DM erhalten. Mit den geringen Diäten in Luxemburg, Irland und Großbritannien ist aber in der Tat eine Abgeordnetenexistenz eines Fulltime-Parlaments nicht zu finanzieren, so daß die Abgeordneten dieser Länder — wie behauptet wird — möglichst viele Reise- und Tagegelder zu erhalten suchen, von denen bei sparsamer Lebenshaltung dann etwas übrig bleibt.



gegeben war. Eine solche parteipolitische Spaltung wäre der Lage der Gemeinschaft, ihrer institutionellen Struktur und der Aufgabe des Parlaments völlig unangemessen gewesen, kam aber durchaus den Vorstellungen eines Teils der mehrfach gespaltenen französischen Sozialisten, der französischen Kommunisten und vor allem der dänischen EG-Gegner nahe. Außerdem gab es auch Gruppen und Abgeordnete, die im Europäischen Parlament gerne die national übliche parteipolitische Konfrontation eingeführt hätten, die im nicht gewählten Parlament nur selten zu beobachten war, was den Sachdebatten zugute kam. Das bisherige Europäische Parlament hat sich vielmehr in aller Regel ähnlich den frühen Parlamenten der liberalen Epoche verhalten, die sich noch im Kampf um ihre Rechte gegen die fürstliche Prerogative befanden.

Eine erste Entscheidung über das zukünftige Selbstverständnis fiel bereits bei der Debatte um die Tagesordnung der ersten Arbeitssitzung am 24. September 1979, als die Abgeordneten von Hassel und Fergusson ihre Frage an die Kommission über die Rüstungsbeschaffungsprogramme der Gemeinschaft stellten<sup>15)</sup>. Dies gab dem Hüter der gaullistischen Orthodoxie, Michel Debré, sofort die Gelegenheit, noch in der Debatte über die Zulässigkeit der Frage laut zu protestieren, weil hier das Parlament deutlich seine Zuständigkeit überschreite — wie er es „Tag für Tag“ im Wahlkampf vorausgesagt habe. Obwohl große Teile des Parlaments die Frage als wenig glücklich empfanden<sup>16)</sup>, stimmten doch 208 Abgeordnete gegen 87 bei 4 Enthaltungen für die Zulässigkeit, um zu demonstrieren, daß das Parlament das Recht habe, über alle Fragen seiner Wahl zu sprechen und zu diskutieren<sup>17)</sup>. Dabei nahm es die sozialistische Fraktion in Kauf, daß ihre Mitglieder durchaus unterschiedlich abstimmten — irgendeine Form von Fraktionszwang gibt es im Europäischen Parlament nicht und wäre auch zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht durchsetzbar.

Ebenfalls in der September-Sitzung begann das Parlament mit zwei Anfragen an die Kom-

mission über die Billigverkäufe von Butter an die UdSSR und fünf Anfragen an den Rat über die gemeinsame Energiepolitik, seine Haltung in diesen zwei großen politischen Bereichen zu formulieren<sup>18)</sup>. Dabei kritisierte die Mehrheit des Hauses das „Europa der Kühe“ (so der britische Konservative David Curry) und die immer teurer werdende Agrarpolitik mit ihren zunehmenden Überschüssen; aber auch Großbritannien wurde kritisiert, wegen seiner großen Buttereinfuhren aus Neuseeland. In der Debatte zeigte sich, daß die Mehrheit des Parlaments nicht gewillt ist, die EG-Agrarpolitik wie bisher fortzusetzen. Kritisch setzte sich das Parlament in der Energiedebatte mit der Beschlußpraxis des Rates auseinander, dem es bisher nicht gelungen sei, die Vorschläge der Kommission zur Energieeinsparung und zur Förderung einheimischer Energiequellen — besonders der Kohle — zu verabschieden<sup>19)</sup>. Auch in dieser Debatte wurde eine Gemeinschaftshaltung der Mehrheit des Hauses sichtbar, die deutlich auf eine stärkere Förderung einheimischer Energiequellen zielte.

Auch auf außenpolitischem Gebiet begann das Europäische Parlament sein Profil zu suchen, so etwa in der großen achtstündigen Debatte über den Hunger in der Welt, die am 25. Oktober 1979 in Straßburg stattfand<sup>20)</sup>. Diese Debatte wurde zu einem großen moralischen Appell an die entwickelten und reichen Länder, mehr als bisher im Kampf gegen den Hunger in der Welt zu tun. Bei dieser Aussprache, die sich bis in die frühen Morgenstunden hinzog, zeigte sich, daß die Ausschüsse zu wenig Zeit für ihre Arbeiten gehabt hatten, so daß vier verschiedene Entschließungsentwürfe dem Hohen Hause zur Abstimmung vorlagen. Es ehrt die Berichterstatterin und damalige Vorsitzende des Entwicklungsausschusses, Frau Colette Flesch, daß sie ihren Bericht zurückzog, um zu versuchen, dem Plenum eine gemeinsame Entschließung vorzulegen; dies geschah dann auch in der November-Sitzung. Am 16. November 1979 stimmte das Hohe Haus der gemeinsamen Resolution einstimmig.

<sup>15)</sup> Die Frage hatte folgenden Wortlaut: „Kann die Kommission mitteilen, ob sie beabsichtigt, mit der Organisation des Nordatlantikpaktes und den zuständigen Stellen in den Mitgliedsstaaten über die Festlegung der Rüstungsbeschaffungsprogramme der Gemeinschaft im Rahmen der Industriepolitik Kontakt aufzunehmen?“

<sup>16)</sup> So kommentierte Vizepräsident Bruno Friedrich: „Eine falsche Frage, am falschen Ort, zur falschen Zeit.“

<sup>17)</sup> Die Debatte ist wiedergegeben in Das Parlament Nr. 43 vom 27. Oktober 1979, S. 14.

<sup>18)</sup> Die Debatte zu den Butterverkäufen ist wiedergegeben in Das Parlament Nr. 42 vom 20. Oktober 1979, S. 7; die Debatte zur Energiepolitik in Das Parlament Nr. 44 vom 3. November 1979, S. 11.

<sup>19)</sup> Auch in seiner Sprache zeigte sich das EP entschlossen und selbstbewußt. Die entsprechende Passage der mit großer Mehrheit angenommenen Resolution lautet: „... verurteilt die vollkommene Unfähigkeit des Ministerrates, eine bessere Ausnutzung der Kohlevorräte der Gemeinschaft zu fördern.“

<sup>20)</sup> Die Debatte ist wiedergegeben in Das Parlament Nr. 47 vom 25. November 1979, S. 14.



mig zu, in der „mit höchstem Vorrang“ die Ausarbeitung einer neuen Entwicklungspolitik, besonders auf dem Gebiet der Agrar- und Nahrungsmittelpolitik, gefordert wird, sowie die Zurverfügungstellung von mindestens 0,7 % des Bruttosozialproduktes der EG für diese Politik <sup>21)</sup>).

In der November-Sitzung konnte das Parlament auch den schwelenden Streit um die Anpassung der Geschäftsordnung beenden. Der ehemalige Generalsekretär des Europäischen Parlaments und jetzige liberale Abgeordnete, Hans Nord, hatte die Aufgabe übernommen, einen Bericht dazu vorzulegen, der aber nur die wichtigsten Anpassungen enthielt <sup>22)</sup>. Dazu hatten Pannella und seine Freunde rund 4 000 Änderungsanträge eingereicht, von denen aber das Präsidium nur 120 zuließ. Trotzdem hätte diese Debatte mit 120 namentlichen Abstimmungen zu einem Fiasko werden können, geeignet, das Ansehen des Europäischen Parlaments erheblich zu schmälern und antiparlamentarische Vorurteile zu nähren. Ein in letzter Minute gefundener Kompromiß <sup>23)</sup> führte zu einer Einigung, wobei die „technische Koordinierungsfraktion“ mit elf Mitgliedern ihre Qualität als Fraktion behält und auch einen Abänderungsantrag zur Tagesordnung stellen kann; zu weitergehenden Anträgen sind jedoch 21 Unterschriften erforderlich. Auch erhielt der Präsident weitere Vollmachten: Bei einer Massierung von Abänderungsanträgen (die deutlich mit dem Ziel der Störung des Sitzungsablaufs eingereicht wurden) kann er durch Abstimmung des am weitestgehenden Antrags alle anderen Anträge als erledigt erklären.

Diese Kompromisse werteten eine Reihe von Abgeordneten als eine Kapitulation der Mehrheit vor der Minderheit, und sicherlich werden Pannella und seine Freunde auch in Zukunft nach Mitteln und Wegen suchen, die Sitzungen zu stören, wenn es ihnen paßt; andererseits aber kann das Europäische Parlament darauf verweisen, daß es einen vorbildlichen Minderheitenschutz gewährleistet hat.

In diesem Zusammenhang ist auch erwähnenswert, daß das Europäische Parlament

durch Entschließung vom 26. Oktober 1979 den Ad-hoc-Ausschuß für die Rechte der Frau geschaffen hat <sup>24)</sup>, der einen Grundsatzbericht über die Diskriminierung der Frau ausarbeiten und Vorschläge über die zukünftige Behandlung dieses Problems durch das Parlament unterbreiten soll.

### Für einen Ausbau der Rechte des Europäischen Parlaments

Erklärtes Ziel einer Mehrheit des Europäischen Parlamentes ist es, für einen Ausbau der Rechte zu kämpfen, insbesondere für stärkeres Kontrollrecht und eine Mitgesetzgebung bei den „Gesetzen“ der Gemeinschaft, es bisher nur sehr beschränkt über das Haushaltsrecht beeinflussen kann.

In bezug auf die Kontrolle der Kommission (dem Rat gegenüber hat es aufgrund eines Gentlemen-Agreement nur ein Fragerecht) ist es in gewisser Weise in einer günstigen Situation als nationale Parlamente, eben wie das Hohe Haus nicht in ein Regierung- oder Oppositionslager zerfällt; in nationalen Situationen wird der Opposition, die zumeist in der Minderheit ist, alle Kontrolle überlassen, ob sie dazu aus ihrer Minderheitsposition notwendigen Beschlüsse fassen kann. Im Europäischen Parlament kontrolliert dagegen das ganze Haus — und es nimmt diese Aufgabe sehr ernst. Dies zeigte sich nicht durch die Neukonstituierung eines eigenen Ausschusses für Haushaltskontrolle <sup>25)</sup>, sondern auch in der Debatte über den Bericht des Rechnungshofes zur Frage der Spesenausbüßen der Kommission <sup>26)</sup>. Das Parlament forderte in der am Ende dieser Debatte angenommenen Entschließung <sup>27)</sup> unmißverständlich Mitglieder der Kommission auf, sich in Zukunft an die bestehenden Regeln zu halten, neue Vorschriften für alle Gemeinschaftsinstitutionen anzunehmen und die Mittel zur Verurteilung zuzuerstatten, die nicht nach den geltenden Vorschriften ausgegeben wurden, wobei es nicht versäumt, darauf hinzuweisen, daß es

<sup>21)</sup> Es sei an dieser Stelle darauf verwiesen, daß das EP Untersuchungsaufträge vergeben hat, um die Effizienz und die Wirkung der bisherigen Entwicklungshilfe der EG zu prüfen, besonders des Lomé-II-Abkommens.

<sup>22)</sup> Europäisches Parlament, Dok. 1-510/79, PE Nr. 61247 vom 13. November 1979.

<sup>23)</sup> Siehe das Parlament Nr. 51-52 vom 22. Dezember 1979, S. 11.

<sup>24)</sup> Europäisches Parlament, Bericht, Glinne, Dok. 1-415/79, PE 60671.

<sup>25)</sup> Im nicht gewählten Parlament gab es nur einen Unterausschuß Kontrolle.

<sup>26)</sup> Es muß hier übrigens erwähnt werden, daß die Aufforderung, eine solche Überprüfung vorzunehmen, noch vom nicht gewählten Parlament stammt.

<sup>27)</sup> Key-Bericht, Europäisches Parlament, Dok. 1-537, PE 60139 endg. vom 30. November 1979.



Durchführung der Rückerstattung nachprüfen werde<sup>28)</sup>.

In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, daß das Europäische Parlament durch Entschluß vom 14. Dezember 1979 erstmals zwei vor dem Gerichtshof anhängigen Prozessen beitrug<sup>29)</sup>, die von zwei Isoglukose erzeugenden Firmen gegen die Verordnung Nr. 1293/79 des Rates angestrengt worden waren. Das Parlament sah sich dazu veranlaßt, weil der Rat, entgegen den Bestimmungen des EWG-Vertrages, vor Erlaß der Verordnung die Stellungnahme des Parlaments nicht abgewartet hatte. Auch hier wird deutlich, daß das Europäische Parlament bereit ist, alle Mittel auszuschnöpfen, um seine Rechte zu wahren.

Eine große Debatte über den Ausbau bzw. die Erweiterung der Rechte des EP steht noch aus, und sicherlich gibt es im Hohen Hause dazu verschiedene, auch ablehnende Positionen. Jedenfalls hat die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) — mit Zustimmung ihrer französischen Mitglieder — am 27. September 1979 einen Entschlußantrag<sup>30)</sup> eingebracht, in dem der Abschluß eines neuen Vertrages zur Fortentwicklung der Gemeinschaft gefordert wird. In diesem Entwurf wird als neues Recht für das Parlament dessen Mitentscheidung bei der Investitur der Kommission und die Mitwirkung bei der Bestellung der Mitglieder anderer Gemeinschaftsorgane, die Ratifizierung der internationalen Verträge der Gemeinschaft durch das Parlament sowie die Bindung des Ministerrates an die Ergebnisse des Konzertierungsverfahrens zwischen Rat und Europäischem Parlament gefordert. Zwar ist dies noch keine Teilung der Gesetzgebungsgewalt zwischen Rat und Parlament im Sinne eines Zweikammersystems, aber ein Schritt in diese Richtung.

Wie die anderen Fraktionen zu diesem Vorschlag stehen, ist bis jetzt nicht bekannt. Es scheint jedoch festzustehen, daß große Teile der sozialistischen und der liberalen Fraktion eine Weiterentwicklung pari passu und am konkreten Problem vorziehen — im Sinne einer permanenten Konstituante, wie dies Willy Brandt in seiner Rede vor dem Kongreß der

<sup>28)</sup> Wie in Brüssel tätige Journalisten übereinstimmend berichten, ist seit diesem Bericht eine deutlich sparsamere Spesenverwendung der Kommission zu bemerken, insbesondere beim Chartern von Lufttaxen.

<sup>29)</sup> Ferri-Bericht, Europäisches Parlament, Dok. 1-478/79, PE 60768 endg. vom 13. November 1979.

<sup>30)</sup> Europäisches Parlament, Dokument van Aerssen u. a., Dok. 1-347/79, PE 59757 vom 27. September 1979.

Europäischen Bewegung am 6. Februar 1976 in Brüssel formulierte.

In diesem Sinne ist wohl auch der Passus in der GATT-Resolution vom 16. November 1979 zu werten<sup>31)</sup>, mit dem das Europäische Parlament „seine zuständigen Ausschüsse“ beauftragt, „Vorschläge hinsichtlich der Teilnahme des Europäischen Parlaments an künftigen Handelsverhandlungen und eines formellen Ratifikationsverfahrens für zukünftige Handelsabkommen durch das Europäische Parlament auszuarbeiten und ihm vorzulegen“<sup>32)</sup>.

## Das Nein zum Haushaltsentwurf

Höhepunkt der Entwicklung des parlamentarischen Selbstbewußtseins war aber sicher die Ablehnung des Haushaltsentwurfs für 1980 am 13. Dezember 1979<sup>33)</sup>. Bereits bei der ersten Lesung vom 5. bis 7. November 1979<sup>34)</sup> zeichnete sich diese Ablehnung ab, wenn der Rat nicht einlenken, das heißt den Forderungen des Europäischen Parlaments nachgeben würde. Bei dieser ersten Lesung fällt das Parlament eine wichtige Entscheidung, indem es den Antrag auf Erhöhung des nationalen Mehrwertsteueranteils bei den Eigenmitteln der Gemeinschaft von 1 % auf 1,5 % ablehnte. Unter den Ablehnenden war eine große Zahl von Abgeordneten, die der EG bzw. ihrer demokratischen Ausgestaltung skeptisch bis feindlich gegenüberstehen, aber auch Befürworter des Ausbaus der Gemeinschaft, die keine allgemeine Vergrößerung der Finanzmittel wünschen, solange die EG-Agrarpolitik sich als Faß ohne Boden erweist<sup>35)</sup>.

Demgegenüber empfahl das Europäische Parlament vor dem ergebnislosen Dubliner Gipfel, bei dem es um den britischen Finanzbeitrag ging, die Einführung eines europäischen

<sup>31)</sup> Bericht Catherwood. EP Dok. 1-561/79, PE 61004 endg.

<sup>32)</sup> Protokoll der Sitzung vom 14. Dezember 1979, PE 61696.

<sup>33)</sup> Bericht darüber in Das Parlament Nr. 1 vom 5. 1. 1980, S. 11.

<sup>34)</sup> Bericht darüber in Das Parlament Nr. 50 vom 15. Dezember 1979, S. 12.

<sup>35)</sup> Eine positive Entscheidung hätte übrigens noch nichts geändert, da der Anteil von 1 % in den EG-Verträgen bzw. im Beschluß über die Ersetzung der Finanzbeiträge der Mitgliedsstaaten durch eigene Mittel der Gemeinschaft vom 21. 4. 1970 (siehe Europa — Verträge und Gesetze, hrsg. von Claus Schönndube, Bonn 1978, S. 280 ff.) verankert ist. Eine Erhöhung des Mehrwertsteueranteils erfordert eine Änderung der Verträge, die eine Ratifizierung durch die zuständigen nationalen Gremien nötig macht.



Finanzausgleichs zwischen den reichen und armen Ländern der Gemeinschaft<sup>36)</sup>, um so die Finanzprobleme der ärmeren Länder der Gemeinschaft zu lindern<sup>37)</sup>. Mit dieser Entscheidung — die mit Zustimmung aller britischen Abgeordneten erfolgte — hat eine Mehrheit des Hohen Hauses eine Entscheidung in Richtung auf eine föderale Zukunft der Gemeinschaft getroffen.

Während der Haushaltsdebatte wuchs das Selbstbewußtsein des Europäischen Parlaments zusehends. So erklärte beispielsweise der Fraktionsvorsitzende der Christdemokraten, Egon Klepsch, in seiner Haushaltsrede: „Bei der Beschlußfassung über den Haushalt erleben nicht nur das Europäische Parlament, sondern auch die anderen Institutionen — ob sie es vergessen haben oder nicht — die erste Nagelprobe nach dieser Entscheidung der europäischen Bürger. Daher ist es auf diesem Gebiet nicht möglich, politische Forderungen, die durch Volkswahl legitimiert sind, als Euro-Utopismus abzutun und im übrigen zur Tagesordnung überzugehen. Ich sage das deshalb, weil vielleicht auch die Öffentlichkeit von diesem Selbstbewußtsein, das aus dem Auftrag des Europäischen Parlaments entspringt, verstärkt Kenntnis nehmen sollte.“<sup>38)</sup>

Und der erste stellvertretende Vorsitzende der sozialistischen Fraktion, Rudi Arndt, meinte in seiner Rede: „Es hat uns kein Wähler in dieses Parlament geschickt, damit wir nicht tun, was er von uns erwartet. Das heißt: Wir haben übereinstimmend den Auftrag, ein starkes Parlament zu sein, ein Parlament, das sich durchsetzt. Der Rat sagt: Erst muß eine Ratsverordnung über eine neue Politik vorliegen, und dann erst darf das Parlament über die Mittel bestimmen. Das heißt: Das Parlament darf nach dieser Auffassung des Rates erst dann beschließen, wenn der Rat es dem Parlament erlaubt. Das wollten die europäischen Bürger mit Sicherheit nicht, als sie zur Wahlurne gingen. Sieben Monate nach der Direktwahl sollte der Rat endlich begreifen, daß das Parlament nicht nur sein Erfüllungsgehilfe ist, sondern daß das Parlament der Repräsentant der europäischen Bürger ist, so, wie das in den Verträgen vorgesehen ist.“<sup>39)</sup>

<sup>36)</sup> Europäisches Parlament, Bericht Lange, Dok. 1-512/79, PE 60992, endg. vom 14. November 1979.

<sup>37)</sup> Bericht darüber siehe Das Parlament Nr. 49 vom 8. Dezember 1979, S. 13.

<sup>38)</sup> Europäisches Parlament, Verhandlungen, Ausführliche Sitzungsberichte, vorläufige Ausgaben, Straßburg 11. 12. 1979, S. 93.

<sup>39)</sup> A. a. O. S. 109

Die noch während der Debatte übermittelte Erklärung des zur gleichen Zeit in Brüssel genden Agrarrates, in der dem Parlament letztlich bescheinigt wurde, daß es mit seinen Forderungen zur Agrarpolitik auf dem richtigen Wege sei, man aber mit einer Lösung noch warten müsse, bewirkte eher eine Verstärkung der Ablehnungsfront.

Hätte in dieser Sitzung nicht die Abstimmung über den Haushalt 1980 stattgefunden, wäre sicherlich der Nachtragshaushalt Nr. 3<sup>40)</sup> 1979 in Höhe von rund 800 Millionen ERE (1 ERE = ca. 2,50 DM), der zusätzlich zur Abstimmung stand, abgelehnt worden, zumal auch er im wesentlichen zur zusätzlichen Finanzierung der Milchpolitik der Gemeinschaft diente. Groß waren in der Debatte die Vorwürfe gegenüber der Kommission, weil sie diesen Nachtragshaushalt dem Parlament so verspätet vorgelegt hatte, nachdem die finanziellen Verpflichtungen der Gemeinschaft bereits entstanden waren. Wenn dann der Nachtragshaushalt schließlich doch angenommen wurde, so vor allem deshalb, weil man an einem Tag nicht zwei Haushalte ablehnen wollte, der Berichterstatter Pieter Dankert sagte.

Die Kommission hat in diesen Debatten nicht gerade eine glückliche Figur gemacht, und immer häufigeres Nachgeben gegenüber dem Rat stößt auf immer stärkere Kritik, so daß von einer großen Zahl von Beobachtern ein Misstrauensantrag gegen sie nicht ausgeschlossen wird, wenn ihr neuer Haushaltsvorentwurf 1980, den sie nun nach der Ablehnung vorgelegt wird, den Wünschen des Parlaments nicht entgegenkommt<sup>41)</sup>.

Allerdings muß berücksichtigt werden, daß die Ablehnungsfront des Haushaltes 1980, die mit 288 gegen 64 Stimmen bei einer Enthaltung sehr groß war, nicht unbedingt mit einer proeuropäischen Front gleichgesetzt werden kann. Allerdings haben die Gegner

<sup>40)</sup> Bericht Dankert, Europäisches Parlament D. 1-580/79, PE 61046 endg. vom 10. Dezember 1979.

<sup>41)</sup> Am 14. 2. 1980 hat der zuständige Kommissar Christopher Tugendhat den neuen Vorentwurf 1980 dem EP in Straßburg vorgelegt, worin die Kommission rund 80 % der Forderungen des EP berücksichtigt. In der Frage der Eindämmung der Agrarkosten gingen dabei ihre Ansätze noch über die Forderungen des EP hinaus. Als nächstes aber muß nun der Ministerrat äußern, der den Entwurf erstellen hat.

<sup>42)</sup> Hier muß daran erinnert werden, daß auch das nicht gewählte Europäische Parlament im letzten Jahr einen Haushaltskonflikt mit dem Rat hatte, wobei dabei das Parlament eine Verdoppelung des Regionalfonds durchsetzte.



Ausweitung der Rechte des Europäischen Parlaments, vor allem die französischen Kommunisten, die Gaullisten und die dänischen EG-Gegner, für die Annahme des Haushaltes gestimmt. Bemerkenswert bleibt, daß von den 64 Stimmen für die Annahme 47 von französischen Abgeordneten stammten.

### Die ersten hundert Tage

Natürlich konnte im Rahmen dieses Beitrags nur über einen kleinen Teil der bisherigen Arbeiten des Europäischen Parlaments berichtet werden, wobei besonders diejenigen herangezogen wurden, die dem Autor wichtig und beispielhaft für die weitere Entwicklung des Parlaments erschienen (was nicht bedeutet, daß es andere nicht auch seien). Außerdem ist die Zeit für eine erste Bilanz der Tätigkeit des Europäischen Parlaments noch recht kurz, denn zieht man die Phase der Konstituierung und die Sommerpause ab, so hat das Parlament von der ersten Arbeitssitzung vom 24.—28. September bis zum Jahresende erst hundert Arbeitstage hinter sich. Hundert Arbeitstage sind für ein sechssprachiges europäisches Parlament mit 410 Abgeordneten, von denen sich die meisten nicht aus der parteipolitischen Arbeit kannten — wie in der Regel in nationalen Staaten — eine sehr kurze Zeit. Aber man kann wohl sagen, daß das gewählte Europäische Parlament, sieht man von den Geschäftsordnungs- und verständlichen organisatorischen Schwierigkeiten ab, einen guten Start hatte und ein beachtliches Selbstbewußtsein entwickelt hat.

Dies hat selbst manchen anfänglichen Kritiker überzeugt, wie etwa den renommierten Schweizer Journalisten Jörg Thalman, der den direkten Wahlen und ihrer Wirkung sehr skeptisch gegenüberstand. Er schrieb: „Nach zwei Sessionen bin ich überzeugt: Das Parlament ist eine gute Sache geworden. Ich gebe gerne zu, daß ich mich seinerzeit getäuscht habe, als ich gegen die Direktwahl schrieb. Es hat sich das Wunder der Demokratie ereignet, an welches ich vorher nicht glauben konnte. Eine anonyme Masse von Bürgern ist zur Urne geschritten, jeder hat seinen Wahlzettel abgegeben im Bewußtsein, daß neben ihm noch 100 Millionen andere einzelne wählen und daß dann 410 weitere einzelne, die in kompliziertem Verfahren ermittelt werden, ihn und die anderen 100 Millionen ‚vertreten‘ werden. Ich habe nie begriffen, wie aus einem solchen Vorgang Demokratie entstehen kann. Aber sie ist entstanden...“ Und im weiteren Verlauf sei-

nes Artikels stellt er fest: „Dies ist es wohl, was dem EP sein gegenwärtiges Charisma gibt: Hier sind die Länder, Landschaften und Städte Europas, seine Parteien und Verbände, seine wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Strömungen in einem Raum konzentriert, sichtbar vertreten durch Menschen aus Fleisch und Blut, der europäischen Öffentlichkeit ausgestellt durch Presse, Rundfunk und Fernsehen. Dies empfand ich als die eigentliche Revolution: Jede europäische Strömung ist hier physisch in einen europäischen Rahmen gezwängt, im selben Raum mit allen anderen Strömungen, und kann weder dem Rahmen noch der Koexistenz mit den Konkurrenten ausweichen. Auch der Nationalismus kann sich nicht mehr im nationalen Glashaus abschließen, er hat den Zwang zur Rechtfertigung auf dem europäischen Forum empfunden und ihm nachgeben müssen.“<sup>43)</sup>

Das Europäische Parlament ist also politisch geworden, es hat es fertig gebracht, zahlreichen Wünschen der Bevölkerung Ausdruck zu verleihen. Im Kreis der Institutionen der Gemeinschaft entwickelt sich das Parlament heute zu dem Organ, das Perspektiven aufzeigt und Schwerpunkte setzt, während die Kommission vieles von ihrer Initiativkraft eingebüßt hat und vorzugsweise verwaltet und der Rat nur reagiert und durch Partikularinteressen der Mitgliedsstaaten oder großer Interessengruppen häufig beschlußunfähig gemacht wird. Auch der Europäische Rat, die ehemalige Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs, erfüllt nicht mehr die Hoffnungen, die bei seiner Gründung in ihn gesetzt wurden.

Die Fraktionen und Ausschüsse haben ebenfalls Gestalt angenommen. Dabei wird es in der Zukunft interessant sein zu beobachten, wie zum Beispiel die Gruppe der eher gemeinschaftsfeindlichen Labour-Abgeordneten in die sozialistische Fraktion integriert werden können, inwieweit also das Europäische Parlament und seine Fraktionen Meinungen prägen und Politiker erziehen. Diese Integrationsaufgabe stellt sich allen Fraktionen, auch der christdemokratischen, bei der es überraschte, daß sechs Franzosen, unter ihnen die prominenten „Europäer“ Pierre Pflimlin, Oberbürgermeister von Straßburg, der ehemalige Minister Jean Lecanuet und der Generalsekretär der Europäischen Volkspartei, Jean

<sup>43)</sup> Europa, Schweizerische Zeitschrift für europäische Fragen, Bern, 46. Jahrg., Oktober-November 1979, S. 6.



Seitlinger, nicht für die Ablehnung des Haushaltes stimmten.

Als bisher wenig befriedigend (wenigstens in aller Regel) muß die Wirkungsmöglichkeit der Abgeordneten in ihren jeweiligen Parteien und ihre Verbindung zur Presse und zu den Wählern bezeichnet werden. Einer der Gründe, warum viele Abgeordnete nach Brüssel als Sitz und Tagungsort des Europäischen Parlaments tendieren, ist in der Tatsache zu suchen, daß dort ein erheblich größeres und spezialisiertes Pressecorps vorhanden ist als in Straßburg oder Luxemburg<sup>44</sup>). Sicherlich muß sich auch die Verwaltung in diesem Bereich etwas einfallen lassen, um die PR-Arbeit des Parlaments phantasievoller zu gestalten. Die Abgeordneten des EP müssen, mehr noch als ihre Kollegen aus dem Bundestag und den Landtagen, im heimatlichen Bereich, in ihren Parteien und in der Öffentlichkeit eine aktive Rolle spielen, damit das Parlament nicht von seinen Wählern isoliert wird.

Problematisch und bisher ungelöst in allen Ländern der Gemeinschaft sind die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten. Bisher waren diese Beziehungen durch das obligatorische Doppelmandat und die enge Verbindung der Parlamentsverwaltungen ausreichend geregelt. Da aber das obligatorische Doppelmandat nunmehr weggefallen ist und immer weniger praktiziert wird, die Rückkoppelung der Parlamente aber unbestritten notwendig ist, werden neue Lösungen in allen nationalen Hauptstädten und beim Europäischen Parlament gesucht. Denn es wäre für die Zukunft verhängnisvoll, wenn aus Gründen der nicht ausreichenden Koordinierung und des mangelnden feed back ein Gegensatz zwischen nationaler und europäischer Ebene entstehen würde. Nur wenn ein Einvernehmen zwischen den verschiedenen Ebenen hergestellt ist und die Parlamente sich als Ergänzung und nicht als Konkurrenz betrachten, kann das EP in seiner Aktion auf Dauer Erfolg haben. Das Europäische Parlament braucht darüber hinaus die Informationen über das, was national beschlossen ist, um diese Maßnahmen auf europäischer Ebene sinnvoll zu koordinieren.

### Das Parlament — morgen?

Es wäre jedoch verfrüht — worauf schon hingewiesen wurde —, endgültige Schlussfolge-

<sup>44</sup>) Andere wichtige Gründe sind die bessere Verkehrslage, der Sitz des Rates und der Kommission sowie die bessere Hotelsituation.

rungen über die Rolle des Europäischen Parlaments ein halbes Jahr nach seiner Wahl zu wollen. Der Prozeß der Entwicklung geht weiter und mit ihm der Prozeß der Auseinandersetzung mit dem Rat, dem eigenen Widerpart des Parlaments.

Juristisch und machtmäßig ist der Rat dem Parlament überlegen. Er ist der Gesetzgeber und ohne seine Zustimmung gibt es in der Gemeinschaft keinen Fortschritt. Er hat sich aber zugleich auch als das Organ herausgestellt, dem die Partikularinteressen deutlicher zum Ausdruck kommen, als das beim Parlament der Fall ist (auch wenn darüber weniger berichtet wird, weil die Sitzungen des Rates nicht öffentlich sind).

Aber wenn es das Ziel der Mitgliedsstaaten ist, die Gemeinschaft weiterzuentwickeln, wenn ihre Überzeugung wirklich die ist, isoliert und national heute nur noch wenn möglich ist und daß die Zukunft Europas davon dem Grad seiner Einheit abhängt, dann werden der Rat und sein großer Bruder, Europäische Rat, gut daran tun, die Wünsche und Anregungen des gewählten Parlaments sorgfältig zu beachten und einen verstärkten Dialog mit ihm zu führen.

Dies gilt vor allem an der Wende zu den nächsten Jahren, die sich so krisenhaft ankündigen. Der offensichtliche Machtverlust in USA, die Vorgänge im Iran und in Afghanistan, die inflationäre Entwicklung mit dem Problem der Arbeitslosigkeit, die Energiepreisinflation, werden auch von der EG und ihren Mitgliedsländern Entscheidungen abverlangen, die wenig populär sein und die eine solidarische Haltung von ihnen verlangen werden. Der Rat wird gut beraten sein, wenn er unabhängig von der Vertragslage — das Parlament verantwortlich daran beteiligt.

Parlamente sind in demokratischen Systemen der Platz der Integration und Konsenssuche, die demokratische Regierungsfähigkeit herstellen haben. Sie sind der Transmissionsriemen zwischen der politischen Macht und den Bürgern, ohne deren verantwortliche Teilhabe ein politisches System entweder in Technokratie oder autoritäre Herrschaftsformen gleitet. Die verantwortliche Einschaltung des Europäischen Parlaments wird auch dazu tragen können, zögernde Partner in der Gemeinschaft mehr als bisher in die EG zu integrieren. Und letztlich: Wer sich zur Demokratie bekennt, kann dieses Bekenntnis nicht an der Landesgrenze enden lassen. Sie ist überall dort zu verwirklichen, wo politische Maßnahmen



über den Menschen ausgeübt wird und wo das vom Bürger erwirtschaftete Geld ausgegeben wird, also auch in der EG.

Der Kampf um die Rechte des Europäischen Parlaments ist deshalb kein Selbstzweck, son-

<sup>45</sup> Das Manuskript wurde abgeschlossen um die Jahreswende 1979/80 und bei der Korrektur lediglich bei konkreten Aussagen auf den neuesten Stand gebracht. Nach zwei weiteren Plenarsitzungswochen im Januar und Februar muß jedoch kritisch angemerkt werden, daß das EP sich mehr auf seine vertraglich vorgesehenen Aufgaben konzentrieren muß und nicht zu viel Zeit mit Dringlichkeitsanträgen und Dringlichkeitsdebatten vertun darf, mögen die dabei gewählten Gegenstände auch noch so wichtig sein. Darüber hinaus müssen mehr als bis-

hern zugleich ein Kampf um ein transparentes demokratisches und bürgernahes Regierungssystem innerhalb der Europäischen Gemeinschaft<sup>45</sup>).

her, auch zur Vorbereitung von Dringlichkeitsdebatten, die zuständigen Ausschüsse eingeschaltet werden, um konsensfähige Vorlagen zu erarbeiten, die plenar schon rein technisch niemals zustande kommen können. Plenarsitzungen werden unbeherrschbar und müssen ausufern, wenn ihnen bis zu sieben unterschiedliche Entschließungsanträge zu einem Beratungsgegenstand vorliegen, wie dies in der Januar-Plenarwoche gleich zweimal vorkam. Vgl. auch den Beitrag „Was geht und was nicht geht“ in der Wochenzeitung „Das Parlament“ Nr. 7 vom 16. 2. 1980, S. 8.



## Neuere Entwicklungstendenzen im französischen Parteiensystem

Das französische Parteiensystem scheint sich seit den Wahlen zur Nationalversammlung im März 1978 vordergründig kaum verändert zu haben: Die alte Regierungskoalition wurde von den Wählern bestätigt; Premierminister Raymond Barre blieb im Amt; eine Erweiterung dieser Regierungsmehrheit nach links, d. h. die vom Staatspräsidenten gewünschte „Öffnung nach links“, blieb — sieht man von wenigen Einzelpersonlichkeiten einmal ab — aus. Sozialisten, Kommunisten und linke Radikalsozialisten bilden wieder die Opposition im Palais Bourbon.

Bei näherer Betrachtung hat sich aber seit Herbst 1977 eine nachhaltige Veränderung ergeben: Das sich seit 1965 allmählich abzeichnende Bündnis zwischen Kommunisten und Sozialisten scheint seit März 1978 endgültig zerbrochen zu sein. Sozialisten und Kommunisten befehden sich heftiger als jemals zuvor und werfen sich gegenseitig vor, den Bruch des Linksbündnisses und damit den Verlust des greifbar nahen Wahlsieges bewirkt zu haben.

Im Lager der Regierungsmehrheit sind die Gaullisten erneut in einen Dauerkleinkrieg gegen ihre Koalitionspartner, den Premierminister und besonders den Staatspräsidenten eingetreten. Jüngster Höhepunkt dieses seit nunmehr drei Jahren anhaltendes Zwistes im Regierungslager ist die Ablehnung des Staatshaushaltes 1980 durch die gaullistische Fraktion gewesen. Nur durch die Koppelung der Vertrauensfrage mit dem Haushaltsgesetz gelang es Premierminister Barre, den Haushalt 1980 verabschieden zu lassen. Damit haben sich zum wiederholten Male seit Giscard's Amsantritt die Gaullisten gegen die eigene Regierung gestellt.

Unter Berücksichtigung solcher Entwicklungstendenzen soll nun im folgenden gefragt werden,

— wo die Gründe für die Meinungsverschiedenheiten sowohl im Regierungslager als auch bei der Opposition zu suchen sind,

— welche zwischenparteilichen und innerparteilichen Auswirkungen sie zeigen

— und wie sich die bisherigen Parteien- bzw. Wahlbündnisse entwickeln können.

### I.

Zunächst ist in sehr geraffter Form die Ausgangslage vor den letzten Wahlen zur Nationalversammlung zu skizzieren<sup>1)</sup>, ohne die die jetzige innerpolitische Situation kaum zu verstehen ist. Die im März 1978 abgehaltenen Wahlen<sup>2)</sup> galten als eines der wichtigsten innenpolitischen Ereignisse in der zwanzigjährigen Geschichte der V. Republik. Erstmals seit 1947, als der Beginn des Kalten Krieges die Kommunisten in die Opposition und fast völlige Isolierung verwies, bestand eine realistische Chance, daß es wieder kommunistische Minister geben würde. Der Vormarsch der Linksparteien schien unaufhaltsam. Sämtliche Meinungsumfragen sagten den Wahlsieg der Linken voraus. Die Kantonalwahlen von 1976 und die Gemeinderatswahlen von 1977 brachten einen wahren Erdbeben zugunsten der Linken.

Die seit 1958 fortschreitende Polarisierung im französischen Parteiensystem, die durch das absolute Mehrheitswahlsystem und die Volkswahl des Staatspräsidenten begünstigt wurde und zur Herausbildung von zwei sich in klarer und scharfer Konfrontation gegenüberstehenden Lagern geführt hatte, schien für die Linksunion aus Sozialisten, Kommunisten und linken Radikalsozialisten endlich den erhofften Machtwechsel zu bringen und die regierende liberal-konservative, bürgerliche Koalition auf die Oppositionsbänke zu verbannen.

In dieser für die Linke geradezu euphorischen Stimmung veränderte sich die politische Landschaft Frankreichs schlagartig durch den Streit der drei Linksparteien über die Aktualisi-

<sup>1)</sup> Vgl. dazu: Udo Kempf, Das französische Regierungssystem — Eine Einführung, Opladen 1980<sup>2</sup>, S. 135 ff.

<sup>2)</sup> Vgl. Klaus Hänsch, Von der Blockbildung zur Blockade in der französischen Nationalversammlung. Eine Analyse der Wahlergebnisse vom März 1978, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 3, September 1978, S. 359 ff., und Peter Radunski, Wahlkampf in Frankreich: Die Wahlkampfführung hat entschieden, in: ebd., S. 330 ff.



sierung des 1972 abgeschlossenen Regierungsprogramms, das im Falle einer Regierungsübernahme durch die Linke eine Art detailliert ausgearbeiteten Koalitionsvertrag bedeutete<sup>3)</sup>.

Dieses Gemeinsame Regierungsprogramm ließ viele Fragen offen: etwa die Regelung der Entschädigung für die geplanten Enteignungen im Versicherungs- und Bankenwesen, in der Chemie-, Rüstungs- und Automobilindustrie, die Modalitäten der innerbetrieblichen Mitsprache von Gewerkschaften und Arbeitnehmern („autogestion“), die Haltung gegenüber den europäischen Institutionen. Außerdem erwies sich eine Aktualisierung des alten Textes u. a. schon wegen der seit 1975 auch in Frankreich immer spürbarer werdenden Wirtschaftsrezession als unumgänglich<sup>4)</sup>. Nach monatelanger Vorarbeit von Kommissionen sollten die Parteispitzen die noch offenen Punkte auf höchster Ebene regeln. Doch die Verhandlungen scheiterten im September 1977, u. a. weil die Kommunisten die Verstaatlichungen in einem Maße ausgeweitet wissen wollten, das ihren Partnern unannehmbar erschien.

Die Aktionseinheit der Linken ist seither zerstört, das gemeinsame Regierungsprogramm, „dieser Mühlstein um unseren Hals“ (so Pierre Mauroy nach der Wahl), hat nur noch episodischen Charakter.

Die Frage, warum die KPF die Verhandlungen mit ihren Partnern platzen ließ und damit den Sieg der Linken verspielte, läßt sich aller Wahrscheinlichkeit nach folgendermaßen beantworten: Vermutlich diente die ohne jeden Grund hochgespielte Verstaatlichungsdebatte sowie die Frage um die von den Kommunisten beanspruchten Ministerien nur als Vorwand, hinter dem sich ein vorheriger Beschluß des Politbüros verbarg.

Aller Wahrscheinlichkeit nach war und ist die KPF nicht bereit, die Führungsrolle innerhalb des linken Lagers an die Sozialisten abzugeben. Marchais' Trauma, die Sozialisten hätten mit einem erheblichen Stimmenvorsprung an der KPF vorbeiziehen können, hat sich zwar bei den Wahlen im März 1978 nicht in dem Maße bewahrheitet, kann aber als der ent-

scheidende Grund für den Bruch angesehen werden. Das Gemeinsame Regierungsprogramm hatte nicht den Kommunisten, sondern ausschließlich den Sozialisten Erfolge bei den Wahlen gebracht. Mit anderen Worten: Die KPF lief Gefahr, bei Aufrechterhaltung des Gemeinsamen Regierungsprogramms die Minderheit im Lager der Linken zu werden. Sie mußte befürchten, daß ein Teil ihrer bisherigen Wähler zu den Sozialisten überwechselte. Meinungsumfragen gaben der KPF nur einmal mehr 20 Prozent. Damit schien die Rolle der Avantgarde gefährdet. In der Vergangenheit hatten sich hinter Mitterrand und seiner Partei viele Protestwähler geschart, weil die kommunistische Partei ihnen als Alternative zu dem konservativen Regierungschef, aber auch als Garant gegen ein Abgleiten in den Kollektivismus galt bzw. gilt. (So ist die Sozialistische Partei von ihrer Mitgliederstruktur her alles andere als eine Arbeiterpartei. Im Gegenteil, ebenso wie ihre Mitgliederstruktur entspricht auch ihre Wählerschaft ziemlich exakt der soziologischen Struktur der Bevölkerung<sup>5)</sup>.) Die Frage, ob die KPF einen Einfluß in eine Linksregierung überhaupt gewollt hätte, kann nur unter zwei Voraussetzungen beantwortet werden: Die KPF wäre eingetreten, wenn sie — erstens — stärkste Partei der Linken geblieben wäre und dadurch — zweitens — ihre politischen und wirtschaftlichen Vorstellungen ohne Einschränkungen in einer solchen Regierung hätte verwirklichen können.

In der zügellosen Polemik, die auf den Bruch des Linksbündnisses folgte, warf die KPF den Sozialisten vor, sie seien von Systemveränderern zu reformistischen Sozialdemokraten geworden, die auf eine Allianz mit den reaktionären Parteien aus seien. Die Sozialisten hätten abgelehnt, die Kommunisten hätten den Rückzug zu stalinistischen Verhaltensweisen angeordnet und den Bruch bewußt provoziert. Der Graben zwischen beiden Partnern schien sich zu vertiefen und scheint auch heute so tief geworfen zu sein, daß eine Einigung auf gemeinsame Positionen nur schwer möglich erscheint.

Das Regierungslager, bestehend aus Gauchisten, Republikanern, Zentristen und sogenannten rechten Radikalsozialisten, zeichnet sich vor dem entscheidenden Wahlgang nicht gerade durch Einigkeit aus.

<sup>3)</sup> Vgl. Udo Kempf, Der Bruch der französischen Linksunion, in: ebd., S. 342 ff.

<sup>4)</sup> Vgl. Dieter Menyesch, Das alte und das neue Frankreich, in: Der Bürger im Staat, Heft 1, März 1978, S. 33 ff., und Karl Jetter, Partner und Konkurrenten, in: Frankreich — Eine Länderkunde, hrsg. v. Klaus Hänsch, Hamburg 1978, S. 64 ff.

<sup>5)</sup> Vgl. Patrick Hardouin, Les Caractéristiques sociologiques du Parti Socialiste, in: Revue Française de Science Politique No. 2, Avril 1978, S. 220 ff.



Die Uneinigkeit geht hier weniger auf grundsätzliche ideologische Meinungsverschiedenheiten zurück als auf ein Verfassungsproblem. Denn das den Kern der Verfassung berührende Prinzip, die Staatspräsident könne nur bei einer ihm ergebenden Mehrheit in der Nationalversammlung seine Machtkompetenzen voll entfalten, war erschüttert. Die Verfassung geht nämlich davon aus, daß der Staatschef eine klare Mehrheit im Parlament hinter sich hat, die ihn bedingungslos stützt<sup>6)</sup>. So hatten die Gaullisten unter de Gaulle und Pompidou nur ein Programm, nämlich sich hinter den Präsidenten und seine Regierung zu scharen. Als Giscard d'Estaing 1974 in den Elysée-Palast einzog, zerbrach diese Interessenidentität zwischen Präsident und stärkster Regierungspartei. Die Gaullisten wollten ihre politische Identität nicht preisgeben und gingen trotz des aus ihren Reihen kommenden Premierministers auf Kollisionskurs mit dem Präsidenten, der damals wie auch noch heute nur über eine den Gaullisten nicht ebenbürtige Hausmacht verfügt<sup>7)</sup>.

Der Konflikt kam offen zum Ausbruch, als der Gaullist Jacques Chirac im August 1976 mit Eklat das Amt des Premierministers niederlegte. Er hatte vom Präsidenten mehr Machtbefugnisse verlangt, als ihm nach der Verfassung und besonders nach der Verfassungsreaktanz zustanden. Hinzu kamen sich ständig steigende Attacken der Altgaullisten auf Giscard d'Estaing, so daß Chirac sich vor die Frage gestellt sah, die Politik des Staatspräsidenten gegen starke Kräfte in der Gaullistischen Partei mitzutragen oder sich ganz auf die Seite der von ihm nach Pompidous Tod reorganisierten Partei zu stellen. Er entschied sich für seine Partei und gegen den Staatspräsidenten. Darüber hinaus vertiefte er den Graben im Regierungslager, als er sich im Dezember 1976 an die Spitze der neu formierten und regenerierten Gaullistenpartei RPR wählen ließ<sup>8)</sup>.

Seither hat das Wort Koalitionsdisziplin im Parlament nur noch begrenzten Wert. Die gaullistische Partei folgte nach ihrer gelungenen Regeneration und Konsolidierung Ende 1976 ihrem Parteivorsitzenden Chirac nahezu blind bei jedem Versuch, die eigene Position,

notfalls auch zu Lasten der Regierung und des Staatspräsidenten, auszubauen. Die Gaullisten lassen kaum eine Gelegenheit aus, Staatspräsident Giscard d'Estaing vor Augen zu führen, daß sie die stärkste Kraft im Regierungslager waren bzw. sind. Bezogen auf die Wahl 1978 wandten sie sich nicht nur gegen eine gemeinsame Wahlplattform mit den übrigen Parteien, sondern verzichteten zum ersten Mal seit 1962 auf die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten schon im ersten Wahlgang. Als „Sammlungsbewegung“<sup>9)</sup> verstanden sie sich als einzige Alternative gegenüber einer drohenden sozialistisch-kommunistischen Machtübernahme; ideologisch verstehen sie sich damals wie heute als die Wächter der nationalen Unabhängigkeit und als die Garanten der Institutionen der V. Republik. Den Regierungspartnern warfen sie mit ihrem ständigen Liebäugeln zu Teilen der Sozialisten hin Opportunismus und Verrat am gemeinsamen Kampf gegen die Vertreter des Gemeinsamen Regierungsprogramms der Linken vor.

Die Partei des Staatspräsidenten, die Republikaner, hat zwar nach ihrer Reorganisation im Mai 1977 einen beachtlichen Mitgliederzuwachs gewonnen, war aber zum Zeitpunkt der Wahlen sowohl organisatorisch als auch hinsichtlich der Mitgliederstärke und der Ausstrahlung eindeutig den Gaullisten unterlegen<sup>10)</sup>. Als Partei von Lokalhonoratioren und jungen Technokraten ist es ihr auch bislang nur sehr begrenzt gelungen, sich eine solide Basis im Lande zu verschaffen; auf regionaler Ebene ist die Partei eher unbedeutend; einzig das Ansehen Giscard's gibt ihr ein gewisses politisches Profil. Ihr politisches Programm, nahezu deckungsgleich mit Giscard's Buch „Französische Demokratie“, umreißt der in seiner Vagheit auslegungsfähige Slogan „liberal, zentristisch und europäisch“. Es spricht somit hauptsächlich eine Wählerschaft an, die in ihrer konservativ-liberalen Zusammensetzung aus der Mittel- und Großbourgeoisie der der gaullistischen Wähler ähnelt, aber ihr fehlt der populäre Aspekt des Gaullismus<sup>11)</sup>. Die

<sup>6)</sup> Vgl. Pierre Dabiez, *Gaullisme et Majorité*, in: *Projet*, No. 112, Février 1977, S. 152 ff., und Pierre Crisol/Jean-Yves Lhomeau, *La Machine RPR*, Paris 1977.

<sup>7)</sup> Vgl. Jean-Claude Colliard, *Les Républicains Indépendants — Valéry Giscard d'Estaing*, Paris 1972.

<sup>8)</sup> Vgl. Jean-Pierre Soisson, *Le Parti Républicain*, *Conférence-Débat de l'Association Française de Science Politique*, Paris 10. 12. 1977, und Robert Poncenyri, *A la recherche du gaullisme — électeurs et militants depuis 1974*, in: *Projets* No. 118, Septembre—Octobre 1977, S. 929 ff.

<sup>1)</sup> Vgl. Udo Kempf, 1980, S. 25 ff.

<sup>2)</sup> Vgl. die Beiträge in *Pouvoirs*, No. 9, Paris 1979: „Le Giscardisme“, und Daniel Seguin, *Les Nouveaux Giscardiens*, Paris 1979.

<sup>3)</sup> Vgl. Klaus-Peter Schmid, *Frankreich vor den Wahlen*, in: *Europa-Archiv Folge 3/1978*, S. 65 ff., und Jean Charlot, *The Majority*, in: Howard R. Pennington, Ed.: *France at the Polls, The Elections of 1978*, Washington D. C., 1980.



Absicht der umbenannten und umstrukturierten Republikanischen Partei war es, die Wähler der linken Mitte, die 1974 Giscard's Sieg ermöglicht hatten, bei den Kreis- und Gemeinderatswahlen 1976 und 1977 jedoch zur Opposition übergeschwenkt waren, wieder zurückzuholen. Daß ihr dies z. T. gelungen ist, liegt weniger an ihrem Programm als an der Zerstrittenheit der Linken.

Das bei den Republikanern über die relativ unzureichende Basis im Lande Gesagte läßt sich im Grunde auch auf die Zentristen und Radikalsozialisten übertragen. Beide Parteien reichen mit ihrem Apparat kaum über Paris hinaus, leben von einer ruhmreichen Vergangenheit, reiben sich in häufigen internen Querelen auf und leiden unter Mitgliederschwund, weil ihre Positionen oft unklar sind<sup>12)</sup>. Vor allem aber weigern sie sich, ihr Eigenleben zugunsten einer Partei der Mitte aufzugeben, die dem Präsidenten wirkungsvolle Unterstützung bieten könnte.

## II.

Das Wahlergebnis brachte den Regierungsparteien eine solide Mehrheit von 91 Mandaten und erlaubte eine rasche Regierungsbildung unter dem bisherigen Premierminister Raymond Barre. Diese alte bzw. neue Regierungskoalition kann jedoch nicht über die unverändert bestehende Zerstrittenheit innerhalb des Regierungslagers hinwegtäuschen.

Zunächst ist jedoch auf die Entwicklung der Linken einzugehen. Während sich beide Parteien der Linken am Abend des zweiten Wahlganges gegenseitig für den verspielten Sieg verantwortlich machten, entstand innerparteilich folgende Situation: In der Sozialistischen Partei blieb eine parteiinterne Diskussion über die Suche nach möglichen Schuldigen in den eigenen Reihen für die Niederlage weitgehend aus. Die Partei scharte sich 1978 relativ geschlossen um François Mitterrand. Die Auseinandersetzung in der Sozialistischen Partei setzte erst etwa ein Jahr später ein.

Bei den Kommunisten ergab sich eine entgegengesetzte Entwicklung<sup>13)</sup>: Im April 1978 führte die Wahlniederlage zur schwersten in-

<sup>12)</sup> Vgl. Udo Kempf, Die Parteien der „Majorité“, in: Der Bürger im Staat, a. a. O., S. 17 f., und Klaus Hänsch, Frankreich, in: Die politischen Parteien in Westeuropa, hrsg. v. Joachim Raschke, Reinbek bei Hamburg 1978, S. 187 ff.

<sup>13)</sup> Vgl. Wolfgang Jäger, Die Kommunistische Partei Frankreichs — Wandel in der Krise?, in: Politische Vierteljahresschrift Heft 1, Mai 1979, S. 16 ff.

nerparteilichen Auseinandersetzung seit 1974. Es ging um die Ursachen der Niederlage, den zukünftigen Weg, die inneren Strukturen der Partei und das Verhältnis zur Sowjetunion in einem bislang nicht gekannten Ausmaß. In der Öffentlichkeit eine heftige Debatte über die Politik der Parteiführung statt. In zahlreichen Schriften, Artikeln und Leserzuschriften äußerten KPF-Mitglieder in der nichtkommunistischen Presse ihren Unmut über ihre derzeitigen Funktionen einschließlich des Generalsekretärs<sup>14)</sup>. Äußerten sich zunächst nur Philosoph Louis Althusser und der Historiker und stellvertretende Leiter des parteiinternen Marxistischen Studien- und Forschungsinstituts Jean Elleinstein, so zog diese Diskussion sehr schnell immer weitere Kreise. Die Parteiführung, die über das Ausmaß solcher Kritik zunächst überrascht war, versuchte zu zwieglein und bekundete öffentlich, keine einzigen Kritiker aus der Partei ausschließen zu wollen. Andererseits bemühte sie sich, Dissidenten in den Augen der Mehrheit der Parteimitglieder als undisziplinierte Intellektuelle abzuqualifizieren und sie des „Spötnereitüskultes“ anzuprangern.

Als jedoch die innerparteiliche Auseinandersetzung andauerte, versuchte die Parteiführung einmal, die Gegner in den eigenen Reihen durch das Bekenntnis zur Diskussionsbereitschaft wieder zu integrieren, zum anderen verschärfte es seine Kritik an der Sozialistischen Partei. Um nun die Diskussion mit den innerparteilichen Gegnern möglichst rasch zu beenden, organisierte die Parteiführung im Dezember 1978 ein sogenanntes intellektuelles Treffen in Vitry, wo die verschiedenen parteipolitischen Richtungen relativ freimütig ihre Positionen darlegen konnten. Eine Fortsetzung dieser Gespräche, denen allenfalls eine Art Ventilfunktion zuzuerkennen ist, ist im Jahr 1980 geplant.

Insgesamt gesehen ist die innerparteiliche Opposition recht vielfältig: Sie reicht von der altstalinistischen Garde um Jeanette Thore Vermeersch über eine ‚linke‘ prosozialistische Opposition, die zur Einheitsfront der dreißig Jahre zurückkehren will, und eine Gruppe marxistische Philosophen wie Althusser, bis sich vor allem um die theoretische und revolutionäre Substanz des Marxismus in der K

<sup>14)</sup> Vgl. u. a. Louis Althusser, Ce qui ne peut plus rester dans le Parti Communiste, in: Le Monde vom 26., 27. und 28. April 1978, und Jean Elleinstein, XXII<sup>e</sup> Congrès du P.C.F. à l'échec de la gauche, in: Le Monde vom 13. und 14. April 1978.



sorgen, bis hin zu Eurokommunisten wie Jean Elleinstein, die sich stark an der italienischen KP orientieren.<sup>15)</sup>

Verfolgt man die 78er Diskussion, so ist die innerparteiliche Konfliktsituation nicht nur durch eine Auseinandersetzung zwischen Altstalinisten und Eurokommunisten gekennzeichnet, sondern vielschichtiger: „Auffallend bei zahlreichen, vor allem jüngeren Kritikern der Parteiführung ist einmal der starke nationalkommunistische Impuls; die Kritik der Partei an der Sowjetunion geht ihnen nicht weit genug; zum anderen ist bei vielen eine ideologische Aufbruchstimmung spürbar, nicht in Richtung Sozialdemokratie, sondern zugunsten einer Erneuerung des revolutionären Marxismus im Sinne von Massenbasisaktionen.“<sup>16)</sup> Diese Stimmung drückt sich nicht nur in ihrer Kritik an der autoritären Parteibürokratie, sondern ebenso deutlich in einer scharfen Frontstellung gegen die Sozialistische Partei aus. Die Parteiführung reagierte schon auf diese Stimmung und ließ Ende 1978 eine gewisse Verhärtung hinsichtlich der zukünftigen Strategie gegenüber der Sozialistischen Partei erkennen.

Inzwischen ist aber diese innerparteiliche Kritik weitgehend verebbt. Sichtbarstes Zeichen dafür war der 23. Kongreß der KPF im Mai 1979. Kein Oppositioneller durfte das Wort ergreifen, alle Resolutionen wurden einstimmig beschlossen. Marchais ging nur kurz auf die Auseinandersetzung des vergangenen Jahres ein und versprach die „Kritik zu studieren, die Fehler zu korrigieren, den Unzulänglichkeiten unseres Handelns abzuhelpen“<sup>16)</sup>. Dies war keine inhaltliche Auseinandersetzung, wohl aber das Geständnis, daß solche Kritik berechtigt sein kann.

Kritik an der Sowjetunion wurde nur punktuell geäußert, „insgesamt — so Marchais — sei die Bilanz der sozialistischen Staaten positiv“<sup>17)</sup>. Deutlich wurde dagegen der Bruch mit den Sozialisten vollzogen, da sie allein Schuld an der Niederlage trügen. Nicht die Wähler, sondern die rechtsabweichlerischen Parteiführer, allen voran François Mitterrand, seien schuld. Folglich wurde durch Marchais die „Union der Linken“ durch die „Union an der Basis“ ersetzt; an die Stelle des Paktes zwischen den Parteispitzen soll die gemeinsame klassenkämpferische Aktion treten<sup>18)</sup>.

Zweifellos ist Marchais' Stellung seit Mai 1979 stärker denn je. Die innerparteiliche Kritik ist nahezu verstummt; die KPF bietet wieder das gewohnte Bild der Geschlossenheit. Dies kam nicht zuletzt bei Marchais' positiver Wertung des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan zum Ausdruck. Entgegen aller bisherigen Taktik, sich in außenpolitischen Fragen als von Moskau völlig unabhängige Partei zu profilieren, schwenkte Marchais im Januar 1980 ganz und gar wieder auf Moskaus Linie um, als er die sowjetische Okkupation als eine „Reaktion auf eine militärische Intervention von außen“ bezeichnete und die für den (ehemaligen) Eurokommunisten zynische Feststellung traf, Moskau sei gezwungen gewesen, einzugreifen<sup>19)</sup>.

Während in der Sozialistischen Partei die innerparteiliche Diskussion u. a. über die Wahlniederlage zunächst recht behutsam geführt wurde, brachen die Gegensätze zwischen verschiedenen Strömungen innerhalb der Partei in Metz im April 1979 um so heftiger aus. Bei den Kontroversen ging es nicht nur um sachliche Unterschiede über die Linie der Partei, sondern auch um die Personen, die die bisherige Strategie verkörpern (vor allem François Mitterrand), und letztlich um den Führungsanspruch in der Partei<sup>20)</sup>. Grob unterteilt stehen sich zwei Positionen gegenüber: Die eine vertritt die unveränderte Linie Mitterrands, daß die Strategie der Linksunion der einzig mögliche Weg für die Sozialistische Partei ist, um an die Macht zu kommen. Die Partei — so Mitterrand — hege keinerlei Absicht, mit irgendeiner der konservativen Parteien ein Bündnis zu schließen. Für diese innerparteiliche Richtung gewährt nur ein Festhalten an einer wie auch immer formulierten Bündnisstrategie mit den Kommunisten die notwendige kommunistische Wählerunterstützung für einen sozialistischen Präsidentschaftskandidaten im zweiten Wahlgang 1981.

Die zweite Position läßt sich mit dem Namen des Wirtschafts- und Finanzexperten Michel Rocard verbinden. Rocard lehnt zwar ebenfalls eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten nicht ab; jedoch fragt er, ob es nicht erfolgreichere Wege zur Macht für die Sozialistische Partei gebe als das Bündnis mit den Kommunisten auf der Grundlage von gemeinsa-

<sup>15)</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. 1. 1980.

<sup>20)</sup> Vgl. Paul J. Friedrich, Der Parteitag der französischen Sozialisten in Metz, in: Die Neue Gesellschaft, Heft 6, Juni 1979, S. 493 ff.

<sup>15)</sup> Wolfgang Jäger, a. a. O., S. 25.  
<sup>16)</sup> Die ZEIT, Nr. 21, 18. Mai 1979.  
<sup>17)</sup> Ebd.  
<sup>18)</sup> Le Monde vom 15. Mai 1979.



men Regierungsprogrammen und Wahlabkommen<sup>21)</sup>. Die Linksunion gelte es zu überdenken — so Rocard im Sommer 1978 —, desgleichen die Einstellung zu den sozialdemokratischen Parteien und insbesondere zur SPD. In der Wirtschaft müsse der freie Markt, soweit erforderlich, berücksichtigt werden.

In Metz sprach er sich dafür aus, die Union der Linken als ein Wettbewerbsbündnis zwischen zwei gleichermaßen eigenständigen Kräften neu zu konstituieren<sup>22)</sup>. Rocard unterlag zwar mit seinem Entschließungsantrag — und Mitterrand gewann. Aber dessen Stellung als Erster Sekretär ist seit Metz 1979 stark geschwächt. Sein eigener Entschließungsantrag kam nämlich nur durch, weil der linke Flügel der Partei, der noch 1975 und 1977 von Mitterrand nachhaltig attackiert worden war, ihn nun unterstützte. Damit ist die Sozialistische Partei zwar nicht gespalten, aber geteilt: Auf der einen Seite stehen François Mitterrand und der mit ihm verbündete linke Flügel, auf der anderen Michel Rocard und der Bürgermeister von Lille, Pierre Mauroy.

Die Folge diese Bipolarisierung innerhalb der Sozialistischen Partei zeigt sich einmal in der immer noch offenen Frage, ob Mitterrand 1981 erneut bei den Präsidentschaftswahlen kandidieren wird, was seinen unbestreitbaren Autoritätsverlust offenbart. Zum anderen wirft diese Bipolarisierung die Frage auf, ob die Partei ideologisch noch auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen ist. Mitterrand gilt immer noch als Schöpfer der neuen Sozialistischen Partei von 1971; niemand aus seiner Partei wird gegen ihn kandidieren, wenn er Präsidentschaftskandidat sein will. Unbestreitbar ist aber andererseits, daß es ihm heute nicht mehr gelingt, die Partei durch seine Autorität so zusammenzuhalten, wie dies bis zu den Wahlen 1978 möglich war.

### III.

Im Lager der *Regierungsparteien* blieben solche innerparteilichen Meinungsverschiedenheiten wie in der Kommunistischen und Sozialistischen Partei aus. Dafür lebten aber zwischen den beiden Polen der alten bzw. neuen Koalition, Gaullisten und UDF — eine nach der Wahl nun als Fraktionsgemeinschaft fortgeführte Parteienföderation aus Republika-

nern, Zentristen und rechten Radikalen —, die alten Zwistigkeiten wieder. Gaullistenpräsident Chirac ließ fast keine bietende Gelegenheit aus, Staatschef Giscard d'Estaing und seine Regierung zu kritisieren, sogar offen anzugreifen, um auf diese Weise sich für den kommenden Präsidentschaftswahlkampf zu profilieren.

Einer der Höhepunkte dieser immer noch dauernden Auseinandersetzungen war der Streit um die Wahl des Europäischen Parlaments<sup>23)</sup>. Der geradezu feindselige Wahlkampf, den die Gaullisten gegen das Europäische Parlament und die eigenen Regierungspartner geführt haben, wird erst durch die Tatsache erhellt, daß die Gaullisten in der Frage gespalten waren. Der nationalistische Flügel um Michel Debré lehnte die Wahl zunächst als unvereinbar mit den Prinzipien des Gaullismus glatt ab. Der liberal-konservative Flügel um den ehemaligen Außenminister Couve de Murville dagegen widersprach Debré heftig. Chirac seinerseits versuchte zu vermitteln, und es gelang ihm, auf dem Parteipakongreß seiner Partei im November 1978 die Einheit seiner Bewegung zu bewahren, dem man beschloß:

1. Die Ablehnung einer Einheitsliste mit den übrigen Koalitionspartnern und damit die Schwächung des Regierungslagers.
2. Die Herausstellung der Notwendigkeit der Freiheit und Unabhängigkeit Frankreichs zu bewahren.

Die Gaullisten hatten damit zwar der Wahl zugestimmt, machten aber gleichzeitig ihre alte Forderung nach Umwandlung der Europäischen Gemeinschaft in eine rein nationalstaatliche Organisation deutlich. Übertragung irgendwelcher nationaler Souveränitätsrechte lehnten sie kategorisch ab.

Gipfel dieser Politik des begrenzten Konfrontations gegenüber dem Staatspräsidenten und den übrigen Koalitionspartnern war Chiracs Rede von Cochin im Dezember 1978. In diesem Aufruf an die Wähler bezichtigte er Giscard d'Estaing, Frankreichs Unterwerfung unter die Brüsseler Technokraten vorzubereiten. In der Idee seiner Erniedrigung zugestimmt. Gleichzeitig rief er die Franzosen zum Widerstand gegen die Europapolitik der „Partei des Auslandes“, d. h. der Giscardianer auf<sup>24)</sup>.

<sup>21)</sup> Siehe dazu den Beschlußantrag seiner Gruppe „Unité, Clarté, Synthèse“ für den Parteitag in Metz 1979, in: *Le Poing et la Rose*, No. 28, Janvier 1979, S. 40 ff.

<sup>22)</sup> Paul J. Friedrich, a. a. O., S. 494.

<sup>23)</sup> Vgl. Roland A. Höhne, Widerspruchsvolle Weigerung: Die Gaullisten, in: *Dokumente* 1, März 1979, S. 20 ff.

<sup>24)</sup> F.A.Z. vom 8. 12. 1978.



Während sich der Staatspräsident und sein Premier nahezu jeglicher Replik auf solche Polemik enthielten, gab es ein kurzes Aufwallen der Kritik bei den gaullistischen Ministern und Abgeordneten<sup>25</sup>). Sie beschworen Chirac, „keinen Krieg gegen die Regierung zu führen“, ließen es aber bei dieser Erklärung bewenden.

Als Antwort auf die Frage, warum Chirac eine zwiespältige Politik betreibt, nämlich einmal heftige Kritik an Giscard's Außen-, Verteidigungs- und Europapolitik sowie an der Wirtschafts- und Sozialpolitik, zum anderen aber parlamentarische Unterstützung durch seine Fraktion, läßt sich folgendes nennen:

— Die Gaullisten können aufgrund ihres ideologischen und realistischen Selbstverständnisses nicht mit der Linken koalieren. Sie haben daher nur die Wahl zwischen dem Rückzug in die Opposition und dem Verbleib in der Regierungskoalition. Würden sie Giscard nicht mehr unterstützen, würde dieser das Parlament auflösen, was eine eklatante Niederlage für die Gaullisten zur Folge hätte. Deshalb werden sie einen vollständigen Bruch mit dem Staatspräsidenten nicht wagen.

— Mit seiner „Konfliktstrategie“ will Chirac seiner Anhänger- und Wählerschaft die Notwendigkeit und Eigenständigkeit der gaullistischen Bewegung beweisen, sie quasi als Alternative zu den übrigen Koalitionspartnern empfehlen. Auf diese Weise soll der Gefahr vorgebeugt werden, daß sich die Kräfte im Regierungslager langfristig zu Ungunsten der Gaullisten verschieben.

— Chirac muß bei dieser Politik, sich von den übrigen Koalitionspartnern demonstrativ abzugrenzen, einen weiteren Faktor berücksichtigen: die verschiedenen Strömungen innerhalb der Rassemblement Pour la République. Zwar steht der überwiegende Teil aller Mitglieder hinter ihm; aber es gibt auch eine einflußreiche Gruppe von führenden Gaullisten, ein Teil der sogenannten „Barone“ (de Gaulles Kampfgefährten aus der Kriegs- und Nachkriegszeit), die sich einer solchen Politik des begrenzten Konflikts widersetzen. Sie wurden zwar im Dezember 1976 bei Gründung der RPR von Chirac aus wichtigen innerparteilichen Führungsgremien ausgeschaltet, verfügen aber nach wie vor über einen respektablen Rückhalt in der Gesamtpartei. Sie könnten sich nun gegebenenfalls mit Giscard d'Estaing

und den Republikanern verbünden und damit die gaullistische Partei auseinanderbrechen lassen. Um dies zu vermeiden, muß ihnen (stellvertretend seien genannt: Olivier Guichard, Jacques Chaban-Delmas, Alain Peyrefitte und Couve de Murville) Chirac partiell entgegenkommen und seinem Grundsatz treu bleiben, „niemals etwas zu tun, das den Sozialisten und Kommunisten zur Macht verhelfen würde“<sup>26</sup>).

— Als weiterer Gesichtspunkt ist das Bemühen zu nennen, die Anfang und Mitte der siebziger Jahre abgespaltenen linksgaullistischen Gruppen (u. a. unter Jean Charbonnel und Léo Hamon) wieder zu integrieren. Dieser „progressistische Pol des Gaullismus“ (so J. Charbonnel) verstand sich als der populistische Flügel der Partei unter General de Gaulle, spaltete sich dann jedoch allmählich von der in ihren Augen immer konservativer werdenden, die Interessen des Besitzbürgertums vertretenden Partei ab. Nun sind beide Seiten wieder an einem Zusammengehen interessiert. Voraussetzung dafür ist für J. Charbonnel aber ein weiteres Abrücken J. Chiracs und der RPR von Giscard d'Estaings und R. Barres Wirtschaftspolitik.

— Bei all diesen Betrachtungen darf nicht Chiracs Überlegung zu kurz kommen, sich für die Präsidentschaftswahlen 1981 möglichst günstige Startchancen zu schaffen.

Wie wenig aber sein *Europawahlkampf*konzept die Wähler überzeugte, zeigt der Verlust von 6,38 Prozent der Stimmen gegenüber dem Ergebnis bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1978.

#### IV.

Summieren wir die einzelnen Faktoren in der Entwicklung des französischen Parteiensystems seit März 1978, so kommen wir zu folgenden Ergebnissen:

1. Das von General de Gaulle subtil organisierte und souverän dirigierte Kräftespiel des majoritären Parlamentarismus, der auf der Interessenidentität zwischen Staatspräsident und der ihn unterstützenden Parlamentsmehrheit beruhte, hat bis zum Tode Pompidous im Frühjahr 1974 nahezu reibungslos funktioniert.

<sup>25</sup> Le Monde vom 11. 1. 1979.

<sup>26</sup> So Jacques Chirac in: Der Spiegel, Nr. 21 vom 21. Mai 1979, S. 157.



Seit der Amtsübernahme des Nicht-Gaullisten Giscard d'Estaing, insbesondere aber seit Chiracs Ausscheiden aus dem Amt des Premierministers ist aber das System des majoritären Parlamentarismus durcheinandergeraten, da die größte Regierungsfraktion dem Staatspräsidenten und seinem Regierungschef häufig die früher geübte Solidarität verweigert. Ein Auseinanderbrechen der Koalition scheint — aus den genannten Gründen — momentan wenig wahrscheinlich. Im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen 1981 dürfte es aber wegen der geradezu neurotischen Profilierungssucht der Gaullisten bei den bekannten Kontroversen im Regierungslager bleiben, die sich lähmend auf beabsichtigte, längst überfällige Reformmaßnahmen vor allem auf sozialem Gebiet auswirken werden.

2. Die heutige Position des Staatspräsidenten und des Premierministers im majoritären Parlamentarismus wird dadurch erschwert, daß der Staatschef über keine den Gaullisten ebenbürtige eigene parlamentarische Hausmacht verfügt. Seine eigene Partei ist hierfür trotz aller beachtlicher Reorganisation bislang noch zu schwach. Dem Versuch, die drei kleinen Regierungsparteien zur Fraktionsgemeinschaft UDF (Union für die französische Demokratie) zu bündeln, war zweifellos ein Achtungserfolg beschieden. Jedoch zeigt sich in diesen Parteien das alte Dilemma der Parteien der Mitte: Sie sind nicht bereit, ihre Eigenständigkeit zugunsten einer wohlorganisierten und gut strukturierten Partei aufzugeben. Dies trifft zwar nicht für die Republikaner zu, wohl aber für die Zentristen und die Radikalsozialisten. Beide sind über die immer wieder auftauchende Frage einer Fusion mit den Republikanern zu einer einzigen Partei gespalten, so daß die heute bestehende Parlamentsfraktion „UDF“ den momentan möglichen Föderationsgrad widerspiegelt. Selbst wenn man die Erfolge der UDF bei den Europawahlen mit einbezieht, ist wegen ihre Heterogenität und der auf Selbstständigkeit bedachten Zentrumsmandatsträger ein echtes Gegengewicht zu den Gaullisten allenfalls in Ansätzen erkennbar.

3. Die Parteien der Opposition bilden momentan für die Regierungskoalition keine Gefahr. Während die KPF nach einer Phase starker innerparteilicher Auseinandersetzungen über die Taktik der Parteiführung mittlerweile wieder zur gewohnten Geschlossenheit und zur Parteidisziplin zurückgefunden hat, ist die interne Diskussion in der Sozialistischen Partei seit Frühjahr 1979 durch zwei fast gleichstarke

Strömungen gekennzeichnet. Mitterrands Autorität, jahrelang durch seine Verdienste den Aufbau der neuen Sozialistischen Partei unerschütterter, scheint heute von starker innerparteilichen Kräften in Frage gestellt. Bündnis mit dem linken CERES-Flügel („Zentrum für Erziehung, Forschungen und soziologische Studien“) der Partei seit Frühjahr hat ihm nicht nur den Vorwurf des Opportunismus eingebracht, sondern stößt auch den in Metz unterlegenen Kräften (immer fast 40 % der dort vertretenen Delegierten stimmen) auf Kritik. Die seit diesem Jahr zutage getretene Bipolarisierung an der Spitze der Partei könnte zu einer Gefährdung der Partei in gemäßigten Wählerschichten führen. Unter anderem auch deshalb kann es nicht um die Interessen der Partei gehen. Konfrontation mit Michel Rocard und Pierre Mauroy sowie deren Anhänger zu weit ufern zu lassen. Ein Zeichen für eine Annäherung beider Positionen ist die Einigung auf ein „Sozialistisches Projekt“<sup>27)</sup>, mit dem man die Kommunisten zu einer gemeinsamen Handlungsaktion bei den Präsidentschaftswahlen bewegen will. Kernaussage dieses Projekts ist der Hinweis auf die Triebkraft der Sozialistischen Partei im Rahmen eines solchen Verbündnisses und — so das Verlangen Rocard — auf die Autonomie der einzelnen Parteien im Rahmen einer neu belebten Linksun-

Ob die Kommunistische Partei einen solchen Vorschlag jedoch aufgreifen wird, scheint fraglich. Nachdem schon das Politbüro Mitterrands überraschendes Einschwenken auf die sogenannte „Union an der Basis“ Ende September unbeantwortet gelassen hatte, erklärte Marchais im November 1979, den Kommunisten gehe es bei den Präsidentschaftswahlen darum, der Sozialistischen Partei den Raum zuzulassen, und nicht darum, den bürgerlichen Widersacher zu schlagen.

Wer nun Präsidentschaftskandidat der Sozialisten wird — François Mitterrand oder Michel Rocard —, darüber entscheidet ein Parteitag im Herbst 1980. Bis dahin bestimmt die überdeckte Konkurrenz zwischen beiden die innerparteiliche Diskussion. Es besteht dabei aus das Risiko, daß ein Fortdauern der innerparteilichen Auseinandersetzungen die Bereitschaft der Gesamtpartei — und auch der Wähler — schwächt, sich geschlossen für die Kandidaten der Partei mobilisieren zu lassen.

<sup>27)</sup> Le Monde vom 2. 11. 1979.



Fassen wir zusammen, so stehen wir vor dem Faktum, daß sich die seit Mitte der sechziger Jahre bestehende bipolare Struktur des Parteiensystems von einem auf zwei relativ homogene Blöcke polarisierten System seit Anfang 1978 zu einer Quadripolarisation <sup>28)</sup> fortentwickelt hat, d. h. zu einem System von jeweils zwei annähernd gleichstarken Gruppen

innerhalb eines jeden der beiden Blöcke, wobei die UDF und die Sozialisten den jeweils gemäßigteren Partner darstellen, Gaullisten und Kommunisten den jeweils radikaleren.

---

<sup>28)</sup> So auch Jean-Luc Parodi, Das französische Regierungssystem: Neueste Entwicklungen und Perspektiven, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, a. a. O., S. 372 ff.



## Hans Mommsen: Nationalismus und transnationale Integrationsprozesse in der Gegenwart

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/80, S. 3—14

Der Beitrag behandelt das Problem der Offenhaltung der „deutschen Frage“, das Verhältnis zwischen dem gesamtdeutschen Nationalbewußtsein und dem in den letzten beiden Jahrzehnten sich entfaltenden bundesrepublikanischen Staatsbewußtsein, das zunehmend nationale Züge annimmt, sowie die Ansätze, das Bewußtsein der „deutschen Einheit“ durch juristische, institutionelle und bildungspolitische Maßnahmen lebendig zu erhalten. Im Mittelpunkt steht der Versuch, die unterschiedlichen Beurteilungen des Entwicklungsstandes der deutschen Frage vor dem Hintergrund der Richtungsveränderung nationaler Tendenzen in transnationalem Zusammenhang kritisch zu analysieren. Dabei wird an einem idealistischen und neoromantischen Vorstellungen verpflichteten teleologischen Nationalismus-Modell Kritik geübt, das dem Stand der modernen Nationalismus-Forschung nicht Rechnung trägt und den Tatbestand übersieht, daß Nationalismen keine historisch einmalig fixierten und damit keine relativ unveränderlichen Größen darstellen.

Von diesen Überlegungen her weist der Verfasser darauf hin, daß alle Bemühungen, die Traditionen des Bismarck-Reiches in Verbindung mit einem gesamtdeutschen Bewußtsein der Gegenwart zu bringen, quer zu dominanten Tendenzen einer Auffächerung nationalen Bewußtseins liegen. Daraus ergeben sich wichtige Schlußfolgerungen für die Beurteilung der deutschen Frage. Das betrifft einmal die Problematik, Begriffe wie Kulturnation oder Staatsnation, objektives oder subjektives Nationalitätenprinzip, die spezifischen Konstellationen des 19. Jahrhunderts erwachsen, auf den konkreten Problemstand der deutschen Entwicklung zu übertragen. Das bezieht sich andererseits auf die neuerdings hervortretende Tendenz, daß sich das geschichtliche Bewußtsein in der Bundesrepublik im Zusammenhang mit dem Vordringen sozialgeschichtlichen Interesses wesentlich stärker an regionalgeschichtlichen Erfahrungen anschließt als an die nationalstaatliche Tradition des 19. Jahrhunderts, die in mancher Beziehung durch die Politik der politischen Rechten in Weimar und insbesondere die nationalsozialistische „großgermanische“ Expansionspolitik geschichtlich aufgebraucht ist.

## Claus Schöndube: Das Europäische Parlament ein halbes Jahr nach seiner Wahl

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/80, S. 15—27

Ein halbes Jahr nach der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments versucht der Autor, der als ständiger Berichterstatter zum Europäischen Parlament einen engen Kontakt pflegt und alle Plenarsitzungen beobachtet hat, einen Überblick über die Anlaufschwierigkeiten und die ersten Arbeiten zu geben, beginnend mit der Konstituierung der Fraktionen bis hin zur Ablehnung des Haushaltsentwurfs der Europäischen Gemeinschaft für 1980. Anhand ausgewählter Debatten zeigt der Autor, wie sich das Europäische Parlament auf die gegenwärtige Lage der Gemeinschaft einstellt und wie es versucht, trotz seiner institutionell relativ schwachen Position, Einfluß auf die Entwicklung der Gemeinschaft zu gewinnen und seine Rolle zu verstärken. Die Mehrheit des Parlaments hat sich, wenigstens bisher, für einen weitergehenden Ausbau der EG in Richtung auf eine politische Union eingesetzt. Als bisher noch wenig befriedigend ist die Verbindung des Parlaments zur Öffentlichkeit, zu den Parteien und Wählern und den nationalen Parlamenten anzusehen.



## Udo Kempf: Neuere Entwicklungstendenzen im französischen Parteiensystem

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/80, S. 29—38

Frankreichs Parteiensystem hat sich seit den Parlamentswahlen im März 1978 verändert. Zwar besteht die alte Regierungskoalition nach wie vor, doch sind die Brüche, die sich schon seit Chiracs Ausscheiden aus dem Amt des Premierministers im Sommer 1976 abzeichneten, nun noch deutlicher geworden. Die Gaullisten bemühen sich, innerhalb der Regierungsmehrheit aus RPR, Republikanern und Zentristen deutlich auf Distanz zu Giscard d'Estaings Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik zu gehen. Andererseits ist ihr innenpolitisches Gewicht seit ihrer Niederlage bei den Europawahlen gesunken, ohne daß es aber dem Staatspräsidenten gelungen ist, im Sinne einer „Öffnung nach links“ einen Ersatz zu finden.

Die Opposition bildet momentan keine Gefahr für die Regierung. Nach dem Gutheißens des sowjetischen Überfalls auf Afghanistan durch die französischen Kommunisten ist das Linksbündnis endgültig zerbrochen, obwohl Mitterrand auf dem letzten Parteitag an ihm festhielt, um bei den Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 1981 die kommunistischen Stimmen im zweiten Wahlgang für sich gewinnen zu können.

Doch auch hier scheint die KPF dem Führer der Sozialisten schon eine Absage erteilt zu haben. Für sie wäre eine Neuaufgabe der Linksunion nur denkbar, wenn sie in ihr nicht den Juniorpartner zu spielen hätte.